

Für direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und demokratische Kultur

Mehr Demokratie *Magazin*

AUSGABE 2/3.2026

INTERVIEW Wie streiten wir
mit Anstand und Respekt,
Herr Schulz von Thun? Seite 36

MENSCHEN Sie reisen durch
Deutschland, suchen das Gespräch und
fragen: »Wie geht es Ihnen?« Seite 28

ESSAY Wie Schweden und die
Schweiz erfolgreich Politik machen –
ohne Mehrheiten Seite 34



Schwerpunkt

Kann **künstliche Intelligenz** unser Leben und
unsere **Demokratie** erneuern? Seiten 14–27

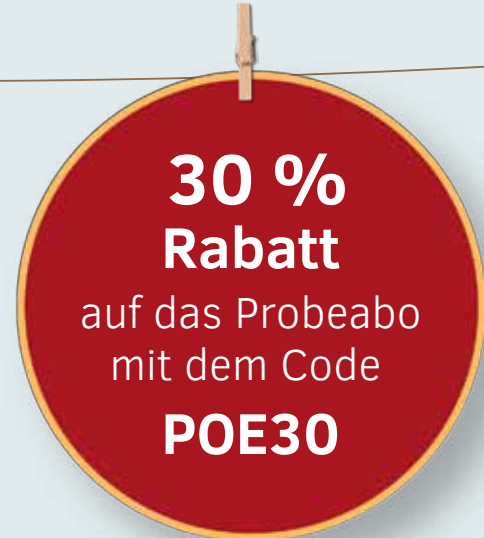
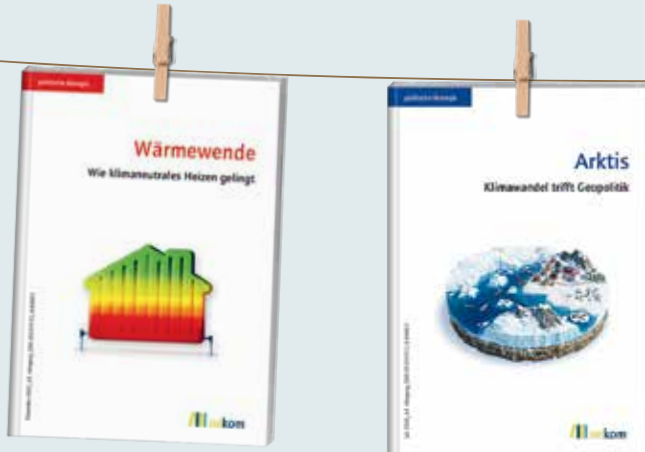
politische ökologie

Die Reihe für alle, die weiterdenken.



Immer am Puls der Zeit, meistens ihr voraus

- Seit über 35 Jahren unorthodoxe Lösungen für soziale und ökologische Herausforderungen
- Themen von A wie Abfall bis Z wie Zeitwohlstand
- Bewegt sich jenseits ausgetretener Denkpfade
- Mit Leidenschaft, Sachverstand und Hartnäckigkeit für den Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis
- Die hochwertig gestalteten Schwerpunktbände behalten noch Jahre nach Erscheinen ihre Gültigkeit.



Jede Ausgabe enthält:

- ein umfangreich diskutiertes Schwerpunktthema,
- Projekte und Konzepte, die zeigen, wer sich bei diesem Thema schon auf den Weg gemacht hat,
- schwerpunktunabhängige Artikel zu aktuellen umweltpolitischen Debatten.



Mehr Infos unter: www.politische-oekologie.de

Liebe Leserin, lieber Leser,

kann künstliche Intelligenz unser Leben und unsere Demokratie erneuern? Nein, das hoffe ich nicht. Oder etwa doch?

Jedenfalls ist die künstliche Intelligenz dabei, nahezu all unsere Lebensbereiche zu durchdringen, zu bereichern, zu erobern oder eben zu gefährden. Wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen. Sie ist da. Aber sie ist kein Naturereignis, das einfach über uns gekommen wäre. Auch wenn es sich so anfühlt. Künstliche Intelligenz ist menschengemacht. Aber: Keiner von uns wurde gefragt, ob wir das wollen oder nicht – eine undemokratische Zumutung! Sie dringt in unsere Leben ein. Und während die einen ihre Entwicklung freudig willkommen heißen, suchen andere, sich vor ihr zu schützen. Doch was ist richtig? Wo liegen die Chancen und wo die Gefahren? Diese Fragen werden uns noch lange begleiten. Abschließend beantworten werden wir sie in diesem Heft nicht. Dennoch stellen wir uns der Herausforderung nach unserem heutigen Kenntnisstand und versuchen, auch positive Aspekte für die Demokratie zu erkennen.

Mehr Demokratie gründet auf dem Vertrauen in den Menschen, in die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich selbst zu bestimmen, solange sie in Freiheit handelt. Wie sehr steht diese Freiheit durch KI unter Druck? Wie heftig wird heute schon um unsere Aufmerksamkeit gerungen? Wie sehr versuchen andere, uns zu beeinflussen?

Im Zentrum stehen der Mensch und seine Verantwortung gegenüber der Schöpfung. Technik darf den Menschen nicht auf bloße Daten oder Verwertbarkeit reduzieren. Künstliche Intelligenz sollte immer dem Menschen dienen, niemals umgekehrt. Jede Erneuerung unseres Lebens und unserer Demokratie muss am Ende von uns selbst ausgehen. In diesem Sinne kann KI einen Beitrag leisten, dessen Grenzen wir selbst ziehen.

Mit besten Grüßen

Claudine Nierth

→

Claudine Nierth,
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie



Menschen in dieser Ausgabe

Grit & Grit

Sie touren für Mehr Demokratie kreuz und quer durch den Osten, stellen Fragen, bringen Menschen zum Sprechen & Zuhören. Das Foto entstand kurz vor der Wahl in Sachsen-Anhalt, wo die beiden leben, Grit Bümann (links) in der Nähe von Magdeburg, Grit Michelmann in Halle. Auf Seite 33 erzählen sie von ihrer Arbeit, die in den nächsten Monaten und Jahren wichtiger werden dürfte.



»Bei Sprechen & Zuhören treffen Menschen und ihre unterschiedlichen Realitäten aufeinander. Statt Harmonie entsteht Präsenz: Gesehenwerden, Gehörtwerden.«



Matze Hielscher

Sein »Hotel Matze« ist einer der meistgehörten Podcasts Deutschlands. Claudine Nierth war schon bei ihm und vor einem Jahr: Friedemann Schulz von Thun. Matzes Fotos verwenden wir dankend auf Seite 36 – für unser eigenes Interview mit dem Kommunikationsexperten. Als Bonustrack verrät der Podcast-Star auf Seite 45, was ihn (neben seinen Gästen) so inspiriert.



Andrea Adamopolus

ist SchauspielerIn, Betriebswirtin, Trainerin für Demokratieseminare – und Ausbilderin für »Demokratiefitness«. In mittlerweile zwölf Ländern zeigen Menschen, wie die »demokratischen Muskeln« gestärkt werden. Beginnend mit dieser Ausgabe geht die Kölnerin in ihrer Kolumne »Die Demokratietrainerin« jeden Muskel durch. Folge eins: der Mutmuskel (Seite 8).

Inhalt

Ausgabe 2/3.2026

6 Der demokratische Moment

Demokratische Kultur

- 8 Sprechen & Zuhören
- 10 Fragen & Streiten
- 12 Forschen & Verändern

Schwerpunkt

Demokratie und künstliche Intelligenz

- 14 **Zum Wohle der Menschheit?**
Über die Risiken und Chancen der neuen Technologie
- 16 **KI – eine Vision**
Künstliche Intelligenz könnte schon bald Alltag, Arbeit und Teilhabe verbessern. Ein Rundgang
- 20 **KI und direkte Demokratie**
Interview mit dem Rechtswissenschaftler Stephan Breidenbach
- 24 **KI – eine Dystopie**
Die sehr realen Gefahren von KI und was wir dagegen unternehmen können
- 26 **Zum Wohle der Demokratie**
Wie wir künstliche Intelligenz bei Mehr Demokratie einsetzen

28 Ortstermin

Acht Menschen, die sich für direkte Demokratie einsetzen, berichten

34 Essay

Was die Schweden und Schweizer in Sachen Demokratie besser machen

36 Nachgefragt

»Wieso ist die Sprache der Politik so toxisch?«: Psychologe Friedemann Schulz von Thun im Interview

42 Essay

Verleiht Tieren Rechte! Eine Hilferuf für unsere stimmlosen Mitbewohner

44 Demokratie in Zahlen

Wie Turbogesetze Teilhabe mindern

45 Kopföffner

Matze Hielscher gibt Lesetipps

46 Verbände und Termine

Neues aus den Landesverbänden

50 Mein demokratisches Erlebnis

Yasmina Steck erzählt

51 Adressen, Impressum



3. Oktober 1990 Gründung der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen

Mit der Ernennung des Rostocker Pfarrers Joachim Gauck zum »Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes« wird eine neue Behörde gegründet. Ihre Aufgabe: Bürgern Zugang zu den Akten ermöglichen, die die Stasi über sie angelegt hat. Im ersten Jahr gehen mehr 520.000 Anträge zur Akteneinsicht ein, bis heute sind es 3,4 Millionen. Das Interesse ist weiterhin groß, jährlich stellen Bürger rund 30.000 neue Anträge. Seit 2021 ist das Stasi-Unterlagen-Archiv Teil des Bundesarchivs.

Bei der Einsicht können Privatpersonen herausfinden, wie weit die DDR in ihre Privatsphären vorgegriffen ist und ihre Persönlichkeitsrechte verletzt hat. Parallel dazu erfolgt die wissenschaftliche Auswertung. Was bislang fehlt, ist eine breite gesellschaftliche Aufarbeitung. Es gab, anders als in Südafrika, keine Wahrheitskommission.





←

Die Behörde wurde in der Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl eingerichtet. Fotos der Gründung sind nicht verfügbar. Knapp zehn Jahre später besucht Kanzler Gerhard Schröder (r.) das Zentralarchiv des einstigen Ministeriums für Staatssicherheit. Von links: Behördendirektor Peter Busse, Innenminister Otto Schily, Bundesbeauftragter Gauck

Die Demokratie-trainerin

ANDREA ADAMOPOULOS

Ich gebe freiberuflich Demokratieseminare. Viele Leute sagen, sie nehmen teil, weil sie sich gegen rechte Positionen wehren wollen. Doch genau da muss ich sie schon enttäuschen. Wir trainieren nicht, wie man andere mit Argumenten schlägt. Wir trainieren Selbstwahrnehmung: Was passiert mit uns, wenn es brenzlich wird?

Kürzlich fragte ein Teilnehmer: »Wie grenzt du deine Seminare nach rechts ab?« Die Gruppe war politisch homogen, ich musste innerhalb von Sekunden entscheiden: Sage ich, was ich wirklich denke? Oder weiche ich aus, um den Zeitplan einzuhalten und weiterzuarbeiten? Ich entschied mich für Ersteres und antwortete: »Ich grenze meine Seminare nicht ab. Bei mir ist jeder willkommen, auch AfD-Wähler*innen, solange sie sich an die Regeln halten.« Die Seminarregeln orientieren sich an Selbstverantwortung, Respekt, Vertraulichkeit.

Entsetzte Blicke waren auf mich gerichtet. Ich fühlte mich, als stünde ich auf dem Fünfmeterbrett. Eine hitzige Debatte entbrannte, fast eine Stunde lang. Es wurde laut, ich war mir nicht mehr sicher, ob meine Entscheidung, in die Diskussion zu gehen, richtig gewesen war. Doch dann spürte ich mitten im Gegenwind eine gemeinsame Substanz. Wir alle wollen das Gleiche: eine Gesellschaft, die die Würde des Menschen achtet. Ich sagte, dass diese Würde ebenso für Menschen gelten müsse, deren Position wir ablehnen, auch wenn es wehtut. Aber wo ist die Grenze? Ich habe schon Gespräche mit AfD-Wähler*innen geführt, aber noch nie die Erfahrung gemacht, eine Grenze ziehen zu müssen. Ich werde sie spüren, wenn der Moment kommt. Dann werde ich einen starken Mutmuskel brauchen.

Genau dafür trainieren wir den Mutmuskel: nicht, um keine Angst zu haben, sondern um nicht auszuweichen. Nicht, um perfekte Antworten zu haben, sondern dafür, eine Situation auszuhalten, wenn sie unangenehm wird. Mut, mich abzugrenzen – und dabei im Gespräch zu bleiben. Viele sagten später, dass die Diskussion für sie die wichtigste Erfahrung des Seminars gewesen sei. Vielleicht ist das ja das Tückische am Mutmuskel: Man spürt beim Aufwärmen nicht, ob er funktioniert, sondern erst, wenn man ihn wirklich braucht.

**Mut:
nicht sofort
ausweichen,
wenn es
brenzlich wird**

Sie möchten Ihren Mutmuskel trainieren oder Demokratiefitnesstrainerin werden?
ERFAHREN SIE MEHR UNTER DEMOKRATIEFITNESS.DE



Juliane Hirsch, Ergotherapeutin, hat vor der Wahl in Sachsen-Anhalt bei **Sprechen & Zuhören** in Aschersleben teilgenommen

Was haben Sie erwartet?

Ich hatte mir vorher wenig Gedanken gemacht und wollte eigentlich nur zuhören, aber dass es dann so lebendig wurde, hat mich sehr beeindruckt. Meine bescheidenen Erwartungen wurden also mehr als übertroffen.

Was ist passiert?

Ich habe eine sehr gute Gruppe erwischte. Viele Leute haben von sich erzählt, auch autobiografisch: was sie umtreibt, woher ihre Einstellungen kommen. Das hat mir imponiert. Alle haben sehr respektvoll miteinander gesprochen. Das Zuhören fiel mir leicht, weil es einfach interessant war. Natürlich habe ich dann auch von mir erzählt. Ich finde, das ist eine großartige Veranstaltung, um Toleranz lebendig zu machen.

Wie geht es nun weiter?

Wir haben hier eine kleine Initiative gegründet, die sich für Demokratie einsetzt: eine bunt gemischte Truppe aus Einzelpersonen und Organisationen, die die gleichen Grundgedanken und Werte teilen. Wir machen Veranstaltungen, verteilen Flyer in verschiedenen Einrichtungen, setzen uns für Minderheiten ein, für Toleranz und ein friedvolles Miteinander in der Gesellschaft. Und damit machen wir weiter.

INTERESSIERT? Finden Sie einen
Sprechen-&-Zuhören-Dialog in Ihrer Nähe:
SPRECHEN-UND-ZUHOEREN.ORG

Sehen wir es mal so ...

VON RALF-UWE BECK

Ein Gespenst geht um in Deutschland, das Gespenst des Brexits. Der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs muss erhalten, wenn nach Argumenten gegen die Einführung bundesweiter **Volksentscheide** gesucht wird. Dabei taugt der Brexit als Beispiel gar nicht, er ist eben nur ein Gespenst. Und wer nachts Angst vor Gespenstern hat, sollte das Licht anmachen. Also: Was wir **Brexit** nennen, war eine Befragung, angesetzt von Premier Cameron, kam also »von oben«. Volksbegehren dagegen, wie wir sie in den Bundesländern kennen, sind Sache der Zivilgesellschaft, sie liegen in der Hand der Bürgerinnen und Bürger, die damit »von unten« Gesetzgebung anstoßen oder korrigieren können. Natürlich hat der Brexit auch etwas Abschreckendes. Er steht für einen überbordenden Populismus, parteipolitisch aufgeladen. Die Fakten lagen unterm Teppich der jeweiligen Seite, aber nicht auf dem Tisch der Öffentlichkeit.



Ganz anders die Standards für die direkte Demokratie. Hier setzt sich, gesetzlich festgeschrieben, auch in Deutschland durch, dass die Stimmberechtigten vor einer Volksabstimmung zusammen mit der Abstimmungsbenachrichtigung eine Broschüre mit Pro- und Contra-Positionen im Briefkasten finden.

Sie sollen informiert entscheiden.

Und noch eins: Die Befragung allein für den Bruch der Briten mit der EU haftbar zu machen ist in etwa so, als würden wir das Recht auf Scheidung für Ehekrise und Trennungen verantwortlich machen. Mit dem Brexit lässt sich nicht die direkte Demokratie infrage stellen, aber einschränken, dass die EU zu demokratisieren ist.

Mehr zum Thema in dem Buch von Ralf-Uwe Beck: »Souverän – Plädoyer für mehr direkte Demokratie. Ein Essay aus ostdeutscher Perspektive«. Dem Brexit ist dort ein eigenes Kapitel gewidmet.

1. Im September 2020 verschleppen Männer in Zivil die belarussische Flötistin Maryja Kalesnikava von Minsk an die ukrainische Grenze. Sie soll das Land verlassen. Kalesnikava weigert sich, zerreißt ihren Pass, um die erzwungene Ausreise zu verhindern. Grenzschutzbeamte nehmen sie fest.

2. Ein Jahr später verurteilt das Minsker Regionalgericht die Berufsmusikerin wegen »Verschwörung« zu elf Jahren Haft. Sie war im August 2020 eine der drei Anführerinnen von Protesten gegen die manipulierte Wahl des belarussischen Machthabers Alexander Lukaschenko – der eigentliche Grund für ihre Verschleppung.

3. Am 26. Mai 2022 erhalten die drei Protestorganisatorinnen den Internationalen Karlspreis zu Aachen. Während Swjatlana Zichanouskaja und Weranika Zepkala auf dem Podium des Krönungssaals stehen, sitzt Kalesnikava in Belarus im Gefängnis. Ihre Schwester Tatsiana Khomich nimmt den Preis für sie entgegen.

*»In jenem Moment, in dem wir aufhören zuzuhören,
hören wir allmählich auch auf,
den anderen als Menschen wahrzunehmen.«*

Maria Kalesnikava

4. Im November 2022 wird Kalesnikava in einem Krankenhaus notoperiert und auf die Intensivstation verlegt, nachdem sie in einem Straflager mehrere Monate in Einzelhaft verbracht hat. Sie hat weiterhin keinen Kontakt zu ihrem Anwalt und ihrer Familie.

5. Im Dezember 2025 erfolgt ihre Freilassung, gemeinsam mit 123 weiteren Gefangenen, nach einem Handelsdeal der US-Regierung mit Belarus. Kalesnikava gelangt über die Ukraine nach Deutschland.

6. Am 14. März dieses Jahres nimmt Maryja Kalesnikava in Aachen den Karlspreis persönlich entgegen, überreicht durch ihre Schwester. Im Sommer hält sie die Eröffnungsrede bei den Salzburger Festspielen. Dort berichtet sie, dass sie in ihrer Haftzeit, zweieinhalb Jahre davon in Isolation, mehr als 700 Bücher gelesen habe.

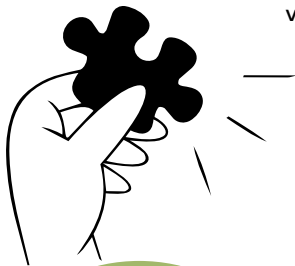
POSITIONEN FINDEN

Geburtswahlrecht: Soll jeder Mensch eine Stimme erhalten?

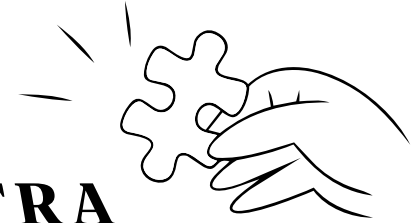
PRO

42 Prozent aller Wahlberechtigten in Deutschland sind über 60 Jahre alt. Wie eine Beule schieben sich die Boomer samt ihren Interessen durch die Bevölkerungsstatistik. Deswegen streiten wir so lange über Renten und so obszön wenig über Bildung, Familie, Technologie, Zukunft. Hier die Idee: Jeder Deutsche erhält von Geburt an eine Stimme bei bundespolitischen und kommunalen Wahlen. Bis zur Mündigkeit wird das Wahlrecht von den Eltern ausgeübt. In rund sechs Millionen Familien entstünden rund vierzehn Millionen neue Stimmen. Ich freue mich auf die Diskussionen, wenn Eltern ihren pubertierenden Kindern zu erklären versuchen, wie sie deren Stimmen anzulegen gedenken. Es wäre das Ende der Politikverdrossenheit. Das Abendbrot wird der neue Stammtisch.

Ralf Grauel, Journalist



CONTRA



Wie würde man sich fühlen, wenn ein zwölfjähriger Pilot das Lufthansa-Flugzeug startet? Ein Vierzehnjähriger den Sattelschlepper über die Autobahn steuert? Oder die achttjährige Tochter den elfjährigen Nachbarnsohn heiratet? Vermutlich nicht so gut. Aus gutem Grund können Kinder manche Rechte erst ab einem bestimmten Alter wahrnehmen, wenn sie eine gewisse Reife und Lebenserfahrung haben. Jemandem den Führerschein und den Kneipenbesuch zu verweigern, ihn aber bei Wahlen über Auf- oder Abrüstung, Schuldenbremse oder Verschuldung, Kanzler Merz oder Kanzlerin Weidel entscheiden zu lassen, ist absurd. Ebenso falsch ist es, Eltern entsprechend ihrer Kinderzahl mehrmals wählen zu lassen. One person, one vote. Dabei sollte es bleiben.

Paul Tiefenbach, Mehr Demokratie

Eine Frage,
drei
Antworten

Wie beleben
wir die
Bürgerbeteiligung
– jetzt?

MARIE THERES ULLRICH,
WIR FÜR DEMOKRATIE

Wir schauen auf die Zukunft und damit auf die Jugendlichen, gerade im ländlichen Raum. Sie werden oft übersehen, daher braucht es noch mehr niedrigschwellige Wege für sie, selbst aktiv zu werden, vor Ort Projekte auf- oder auszubauen, für erlebte Gemeinschaft. Mit unserem Projekt BlockUp stellen wir unkompliziert Beratung und Mikroförderung bereit, um Selbstwirksamkeit im demokratischen Kontext zu unterstützen.

KATHRIN MAHLER WALTHER,
EAF BERLIN: FRAUEN.VIELFALT.POLITIK

Bürger*innenbeteiligung muss die Vielfalt in der Breite der Bevölkerung widerspiegeln – jetzt mehr denn je. Losverfahren für Bürger*innenräte oder digitale Mitmachportale öffnen Pers-

pektiven für die, die sonst kaum gehört werden: Im Jugendbeirat Brandis in Sachsen gestalten inzwischen vor allem Mädchen und junge Frauen mit – eine Gruppe, die häufig unterrepräsentiert ist. Solche Beteiligungsformate müssen jetzt gezielt ausgebaut werden.

CHRISTIAN KÖNIG,
MEHR DEMOKRATIE

Indem wir sie anwenden. Mit Einwohneranträgen können wir kommunale Leitlinien für Beteiligung anstoßen, mit öffentlichen Petitionen Verbesserungen im Wahlrecht fordern. Mit Volksinitiativen und Volksbegehren schaffen wir selbst Gesetze für mehr Beteiligung. Die Belebung von Demokratie und Beteiligung muss aus der Zivilgesellschaft kommen. Wir haben die Instrumente. Nutzen wir sie.

Mutmacherin



Ruth Beilharz verabschiedete Ende September den ersten Jahrgang der School of Participation. Hier erklärt sie den Wert der Teilhabe

Diese Schule ist ein Herzensprojekt. Ich bin überzeugt, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit nur mit Lösungen bewältigen werden, die gemeinschaftlich erarbeitet wurden. Aber dazu müssen wir Kooperation und Gemeinschaft wieder lernen. Das Leben scheint voller Auseinandersetzungen zu sein. In nahezu jeder Gruppe, im Job, in der Familie, in der Öffentlichkeit, lauern Konflikte. Gleichzeitig machen viele Menschen die Erfahrung von Ohnmacht und werden still.

Deshalb bin ich froh, wenn noch genörgelt wird. Nörgelei zeigt ja, dass die Menschen noch irgendwie mit im Boot sind. Meine Aufgabe als Organisationsentwicklerin und Coach war es schon immer, diese Energie in etwas Konstruktives umzuwandeln. Das passiert auch in gut angeleiteten Beteiligungsprozessen. Die Teilnehmenden melden zurück, dass sie gehört wurden, fühlen sich als Teil der Lösung und tragen so die Umsetzung mit.

Energie entsteht nicht von allein. Gerade bei konfliktreichen Themen braucht es Know-how, Partizipation ist ein Handwerk, das man erlernen muss. Deshalb haben wir, gemeinsam mit den Kolleg*innen vom Bildungswerk Mehr Demokratie das Konzept der School of Participation umgesetzt. Zu uns kommen Menschen, die vielfach schon mit Gruppen arbeiten und merken, dass sie dabei an Grenzen stoßen. Bei uns verfeinern sie ihre Fertigkeiten, lernen neue Techniken und üben deren Anwendung. Es geht nie darum, Widersprüche aufzulösen. Das kann man oft gar nicht. Es geht darum, Unterschiede und Widersprüche zu einer konstruktiven Lösung zu bringen. Wenn in einer Gruppe eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe stattfindet und alle gleichermaßen gehört werden, entsteht eine schöpferische Kraft.

Nun entlassen wir unsere ersten Absolvent*innen in die Praxis. Es erfüllt mich mit Dank, Stolz und Freude, zu erleben, wie gut das funktioniert hat – und sich bald fortpflanzt.

MEHR ERFAHREN SIE UNTER [SCHOOL-OF-PARTICIPATION.COM](https://www.school-of-participation.com)

POSITION BEZIEHEN

Lasst uns losbasierte Bürgerräte verstetigen!

Bürgerräte, die sich aus einem konkreten Anlass bilden, beweisen: Zufällig ausgewählte Menschen finden auch bei schwierigen Fragen gemeinsame Empfehlungen. Leider werden solche Gremien oft nach Übergabe ihrer Vorschläge aufgelöst. Das wollen wir ändern!

Losbasierte Bürgerräte sollen zu einem selbstverständlichen Bestandteil unserer Demokratie werden: auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Regelmäßig neu ausgeloste Bürgerinnen und Bürger könnten über Themen beraten, eigene Fragen auf die Tagesordnung setzen und nachverfolgen, was aus ihren Empfehlungen wird.

Verstetigung bedeutet nicht, neue Parlamente neben die gewählten zu stellen. Die Entscheidung bliebe bei den gewählten Volksvertretern, aber diese müssten sich dauerhaft mit den Erfahrungen und Vorschlägen der Bevölkerung auseinandersetzen. Das Los bekäme einen festen Platz neben der Wahl.

Torsten Sterk, Mehr Demokratie

Siegeszug der Bürgerräte

2019: Ostbelgien Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschließt den weltweit ersten gesetzlich verankerten permanenten Bürgerdialog. Ein ständiger »Bürgerrat« stößt regelmäßig »Bürgerversammlungen« an.

2021: Paris Die Stadt etabliert eine ständige »Assemblée citoyenne« mit hundert Einwohnerinnen und Einwohnern, die jährlich neu ausgelost werden.

2022: Aachen Der Stadtrat beschließt den ersten dauerhaft eingerichteten kommunalen »Bürger*innenrat« Deutschlands. Seit 2023 werden jährlich 56 Bürgerinnen und Bürger per Los gewählt.

2023: Brüssel Die Region startet eine »Assemblée citoyenne permanente pour le climat«. Jährlich neue Gruppen beraten über Klimafragen und verfolgen die Durchsetzung früherer Empfehlungen und Maßnahmen.

2024: Lüneburg Nach einem ersten Versuch beschließt der Stadtrat, jährlich einen »Bürger:innenrat« aus dreißig Personen einzuberufen.

ab 2026: Immer mehr Städte und Regionen erproben verstetigte Formen losbasierter Bürgerräte. Aus singulärer Beteiligung entsteht eine neue demokratische Institution.

MEHR ERFAHREN SIE UNTER [BUERGERRAT.DE](https://www.buergerrat.de)

DIE KURVE



DER PROTOTYP

Das Große Gespräch

Wie wir mit KI ein Stimmungsbild für Deutschland zeichnen

Hundert Gesprächsrunden an hundert Orten, eine Frage: Was denken Sie über Heimat? Von Oktober bis November organisieren wir gemeinsam mit Pocket Project und der Initiative Offene Gesellschaft ein Projekt, das in dieser Größenordnung und Verdichtung einmalig ist. Die Gespräche finden als **Sprechen & Zuhören** statt: Menschen erzählen in kleinen Gruppen von ihren persönlichen Erfahrungen mit Heimat, Zugehörigkeit, Fremdheit oder Verwurzelung. Jeder bekommt gleich viel Redezeit; die anderen hören zu, ohne direkt zu widersprechen oder zu diskutieren. Bislang war es unmöglich, die Vielzahl und Unterschiede der Stimmen, Geschichten und Narrative zu einem Stimmungsbild zu verarbeiten. Dank einer KI namens Sensemaker ist das nun möglich (Seite 23). Die Gespräche werden mit Zustimmung der Teilnehmer aufgezeichnet, transkribiert und verarbeitet. Das einzigartige bundesweite Stimmungsbild stellen wir am 17. November online bei einem großen Event vor. Nutzen Sie den QR-Code auf der Rückseite des Magazins, um sich jetzt anzumelden.

LERNEN VON DEN ANDEREN

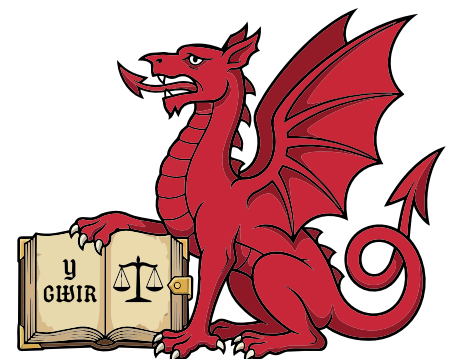
Lügen verboten in Wales

Auf Social Media haben Lügen lange Beine; die Wahrheit hat es schwer. Seit diesem Jahr verpflichtet ein Gesetz die walisische Regierung, Regeln gegen falsche oder irreführende Tatsachenbehauptungen von Politikern im Wahlkampf zu schaffen. Bislang war es allein verboten, über den Charakter oder das Verhalten eines Gegenkandidaten falsche Tatsachen zu verbreiten. Nun soll die Regel erweitert werden um irreführende Tatsachenbehauptungen.

Man kann darin auch ein spätes Learning aus dem Brexit-Referendum sehen, das von den Befürwortern mit absurden Zahlen unterfüttert, plakatiert und auf Lastwagen durchs Land gefahren wurde. Noch hat die Wahrheit in Wales nicht vollständig gesiegt, das konkrete Gesetz samt Sanktionen muss noch ausformuliert werden. Mit einer Verabschiedung im Senned, so der Name des walisischen Parlaments, ist Ende 2026 zu rechnen.

Politiker jonglieren schon immer gern mit der Wahrheit. Früher war mancher Blödsinn vergessen, sobald die Sendung vorbei war oder die Zeitung im Papierkorb lag. Heute ist das anders. Es wäre schön, wenn auch in Deutschland so mancher Faktencheck nach einer Talkshow justiziable Ergebnisse brächte. Dann könnte es wieder um andere Dinge gehen, zum Beispiel um Ideen.

Ralf Gravel



Demokratie digital

Mehr als 350 Verwaltungen, Städte und Organisationen weltweit nutzen CONSUL Democracy für digitale Bürgerbeteiligung. Im Sommer wurde die Plattform von einer UN-Organisation ausgezeichnet

Die Geschichte von CONSUL Democracy beginnt auf der Straße, in mehreren Städten gleichzeitig. Im Zuge der Finanzkrise 2011 demonstrieren in ganz Spanien meist junge Menschen und fordern »¡Democracia Real YA!«, echte Demokratie jetzt, gegen die Sparpolitik der Regierung und für mehr Mitbestimmung. Vier Jahre später, nach den spanischen Kommunalwahlen, ziehen die Aktivisten von einst in die Rathäuser des Landes ein und setzen ihre Forderungen nach Mitgestaltung um. Als zentrales Instrument entwickeln sie eine Open-Source-Software, mit der Bürgerinnen und Bürger direkt über die Zukunft ihrer Stadt mitentscheiden können. Der Name: CONSUL Democracy.

In den folgenden Jahren wächst das Madrider Pilotprojekt weit über die spanischen Grenzen hinaus. Heute nutzen mehr als 350 Kommunen, Landkreise, Staaten und NGOs in Lateinamerika und Europa die Plattform für Bürgerbeteiligungen, Abstimmungen und Debatten. In diesem Sommer bekam sie eine Auszeichnung von WSIS, dem von den Vereinten Nationen initiierten Weltgipfel zur Informationsgesellschaft.

Einen entscheidenden Beitrag für die Erfolgsgeschichte leistete Mehr Demokratie, als wir die Plattform 2019 nach Deutschland holten. Wir wollten Bürgerbeteiligung inklusiver, transparenter und moderner machen, aus den Turnhallen hinaus in den digitalen Raum bringen. Das Ergebnis: Allein in diesem Jahr organisierten vierzig deutsche Kommunen mit CONSUL Democracy partizipative Entscheidungen. Die deutsche Community ist sehr aktiv und mittlerweile eines der wichtigsten Standbeine des weltweiten Projekts.

Aus diesem Grund fand auch die diesjährige internationale ConsulCon in München statt. Dort trafen sich mehr als hundert Vertreterinnen und Vertreter internationaler CONSUL-Kommunen und Partnerorganisationen mit Bürgerbeteiligungsexpertinnen und -experten. Neben Themen wie die Weiterentwicklung der Software, Beteiligungszahlen und die Einbindung »stiller Gruppen« war künstliche Intelligenz ein zentraler Gesprächspunkt. Beispielsweise wurde in einem gemeinsamen Projekt von Mehr Demokratie mit den Organisationen Danes je nov dan (»Heute ist ein neuer Tag«) aus Slowenien und Cosla aus Schottland das KI-Analysetool »Sensemaker« eingesetzt, das Ergebnisse auswerten und miteinander in Verbindung setzen kann, vor allem aber auch Stimmungen wie Freude, Wut und Hass ausliest (Seite 23).

Außerdem stand die Stadt Würzburg im Fokus, weil sie eine direkte Beteiligung an CONSUL-Projekten über WhatsApp ermöglicht hat. Die Idee dahinter ist, die Schwellen zu senken und Menschen dort abzuholen, wo auch immer sie sich befinden.

Trotz all der Möglichkeiten, die KI-Anwendungen und neue Technologien bieten, sollten wir eines nicht vergessen: Selbst die beste Software garantiert keine erfolgreiche Bürgerbeteiligung. Am Ende geht es um die Umsetzung der Ergebnisse. Erst wenn Befragungen und Beteiligungen tatsächlich zu einer Veränderung führen, entsteht Selbstwirksamkeit und damit das notwendige Vertrauen der Bürger in die Politik. Dieses Vertrauen braucht es aber ebenso seitens der Politik, damit Projekte an Bedeutung gewinnen und zum Mitmachen motivieren.



Simon Strohmenger ist Projektleiter für CONSUL Democracy Deutschland bei Mehr Demokratie

Zum Wohle der Menschh

Sie rufen »Weltuntergang«, schreiben Pamphlete namens »Plan D« (D wie Destruction) und warnen vor Software, die sie selbst geschrieben haben. Zu Tausenden unterzeichnen sie einen offenen Brief, fordern einen Entwicklungsstopp für die Technologie, die sie eigentlich reich machen soll. Selbst ihre Chefs, die Milliardäre von OpenAI, Anthropic, Google und Meta, sind ratlos. Jahrzehntlang haben die kalifornischen Tech Bros alles getan, um jeglicher Form von Regulierung auszuweichen. Jetzt wenden sie sich hilfeschend an Politik und Weltöffentlichkeit, fordern Regeln für ihre Erfindung, die sie im eigenen Ethikvakuum kreierte haben. Pandoras Büchse scheint geöffnet, und nach der Euphorie der Vorjahre weht nun blanke Hysterie über Titelseiten, durch Podcasts, Dokumentationen und Talkshows.

Die Panik ist wohlbegründet, kommt aber auch nicht überraschend. Vor allem ist sie wertvoll, denn in der Thermik öffentlicher Aufmerksamkeit können endlich Regelwerke eingeführt werden, um den Fluch abzuwenden, der der neuen Technologie innewohnt, und den Segen zu fördern, den sie verheißt. Es geht um nicht weniger als eine globale Ethik für KI.

»Künstliche Intelligenz muss entwaftet werden, befreit von Logiken, die sie zu einem Instrument der Herrschaft, des Ausschlusses oder des Todes machen«, schrieb Papst Leo XIV. in seiner Enzyklika, die er am Pfingstmontag 2026 im Vatikan vorstellte, gemeinsam mit Vertretern der KI-Branche. Gemeinwohl, Inklusion, Gerechtigkeit solle die Entwickler leiten, im Fokus müsse das Wohlergehen stehen. Die Vision ist nicht nur für Katholiken mehrheitsfähig: Experten bezeichnen die konsequente Anbindung von KI an Menschen und ihre Bedürfnisse als »Alignment«, sie ist die Grundvoraussetzung für eine positive Wende. Wo die Anbindung fehlt, drohen Entkopplung und Gefahr.

Seit Aufkommen von KI haben unzählige Menschen weltweit Ideen entwickelt, wie das Potenzial von KI der Menschheit dienen kann; und ein paar davon stellen wir auf den nächsten Seiten vor. Entdecken Sie, wie KI bald schon Arbeit und Alltag erleichtern und die kommunale Teilhabe stärken könnte. Ab Seite 20 erklärt der Rechtswissenschaftler Stephan Breidenbach, wie KI Demokratie und Bürokratie erneuern kann. Im Anschluss beschreiben wir jene Risiken und Dystopien, gegen die wir uns dringend wappnen müssen. Und wir berichten, wie Mehr Demokratie KI einsetzt und welche Ethik uns dabei leitet. Jede Technik ist ambivalent. Entscheidend ist, was wir damit anstellen.

Ralf Gravel und Roman Huber



eit?

Die Gefahren der künstlichen Intelligenz sind uns allen klar. Und wir fragen uns genauso: Was kann KI für die Demokratie leisten?



Ein Tag in Annettes Welt

Was, wenn sich die KI-Revolution nicht auf der großen Bühne abspielte, sondern im Alltag echter Menschen?

In den Debatten über künstliche Intelligenz schwanken die Gefühle zwischen Euphorie und Angst. Auf der einen Seite steht die Hoffnung, dass die KI die großen wissenschaftlichen, politischen und sozialen Probleme unserer Zeit löst. Die Menschen könnten schneller lernen, mehr verstehen, besser an Entscheidungen teilhaben und selbst Veränderungen anstoßen. Am anderen Seite überwiegt die Besorgnis: KI vernichte Jobs, verschlinge Energie, könne das Ende von Kreativität und Gemeinschaft bedeuten. Am Ende sogar das Ende von allem?

Doch was ist, wenn wir die Probleme in den Griff kriegen und sich die eigentliche Revolution nicht im Großen vollzieht, sondern im Kleinen? Dort, wo Menschen leben und arbeiten, wo sie sich versammeln, nachdenken, miteinander reden, Dinge des Alltags regeln. Das ist die Vision des »nächsten gesellschaftlichen Betriebssystems«, das Zukunftsforscher um Johannes Kleske und Max Senges entwickelt haben.

Klingt technokratisch, folgt aber einem zutiefst menschlichen Leitbild. KI sorgt für Effizienzgewinne, und damit bietet sie den Menschen die Möglichkeit, ihr Potenzial zu entfalten, Beziehungen zu vertiefen und dort Verantwortung zu übernehmen und zu gestalten, wo sie leben. Aus diesem Gedanken heraus entstand die Vision der Zukunftsforscher. Sie spielt nicht in den hippen Lofts der Tech-Metropolen. Sondern im handfesten Alltagsleben hier bei uns in Deutschland.

Wir befinden uns im Jahr 2031. Begleiten Sie Elektromeisterin Annette, 53 Jahre alt, durch ihren Arbeitstag in Sangerhausen in Sachsen-Anhalt. Und erleben Sie mit, wie sie von Entwicklungen profitiert, die keiner Fantasie entspringen, sondern den heutigen technischen Möglichkeiten.



Sangerhausen,
Freitag,
19. September
2031

8.30 Uhr



6.45 Uhr



Arbeitsplanung mit künstlicher Intelligenz

Die Werkstatt riecht nach Kaffee und Kabeln. An der Werkbank steht Jonas, siebzehn Jahre alt, zweites Lehrjahr, und sortiert Klemmen. »Der Rufbus war pünktlich?«, fragt Annette, als sie den Raum betritt. »Viertel sieben, ich hab ihn gestern Abend bestellt«, antwortet Jonas und grinst: »Aber du bist spät dran, Chefin.«

Auf dem Bildschirm im Büro wartet die Tagesübersicht. Die »Wolke«, wie Annette die Software nennt, hat heute morgen um 5.30 Uhr alle Touren neu berechnet. Bei Schneiders in Oberröblingen ist nachts die Wärmepumpe ausgefallen. Die Wolke hat den Notdiensttermin an den Anfang des Tages gesetzt, zwei Wartungstermine verschoben, alle Kunden benachrichtigt. Drei Angebote liegen zur Freigabe bereit, erstellt aus den Aufmaßen von gestern. Wenn jemand fragt, was die Wolke kann, sagt Annette: »Den Papierkram erledigen und alles andere, was lästig ist.« Zwölf Stunden Büroarbeit pro Woche nehme ihr die Software ab.

Wärme aus dem Bergwerk

Die Übergabestation am Ortsrand von Wettelrode ist ein flacher Neubau. Davor parken zwei Transporter der Stadtwerke, drinnen laufen die Pumpen. Annette prüft mit Jonas die Schaltschränke für den zweiten Wärmetauscher, die Abnahme steht für nächste Woche auf dem Plan. Mit Tablet unterm Arm kommt Robert Schröder durch die Tür, er ist Projektleiter bei den Stadtwerken: »Annette, liegen wir im Plan?« Die Elektromeisterin sagt: »Ihr liegt im Plan, wenn meine Messwerte stimmen«, guckt auf den Zähler und nickt: »Und sie stimmen. Vor fünf Jahren hätte uns das keiner geglaubt.« »Nee«, sagt Robert, »das hätte keiner geglaubt. Am wenigsten wir selbst.«

Das Wasser mit neunzehn Grad Celsius wird aus dem alten Kupferschieferbergbau gepumpt, aus Stollen, in die Annettes Großvater noch eingefahren ist. Wärmepumpen heben die Temperatur auf siebenzig Grad. Das Fernwärmenetz versorgt 1.800 Haushalte in Sangerhausen. Annettes Kosten liegen zwölf Prozent unter denen, die ihr Schwager in Erfurt für seine Gasheizung zahlt. Jonas schaut auf das Schema an der Wand, die blauen und roten Linien zwischen Schacht und Stadt. »Verrückt«, sagt er, »das Bergwerk ist seit mehr als vierzig Jahren geschlossen und arbeitet trotzdem für uns weiter.«

Das Modellprojekt lief 2026 an, mit Fördergeld für den Strukturwandel. Mittlerweile kommen Vertreter von Initiativen und Kommunen anderer Ex-Reviers nach Sangerhausen – und staunen.

10.15 Uhr



Schnelle Entscheidungen bei der lokalen Behörde

Rathaus Sangerhausen, zweiter Stock, Bauverwaltung. Annette hat einen Termin bei Petra Nowak. Sie möchte ihre Lagerhalle erweitern, gleich neben dem Genossenschaftsspeicher. Amtsbesuche kennt sie noch ganz anders, 2019 hat sie für ihren Carport elf Monate auf die Genehmigung gewartet. Nowak dreht den Bildschirm zu Annette: »Ihr Entwurf ist gestern durch die Vorprüfung gelaufen. Bebauungsplan, Statikkennwerte, Abstandsflächen: Alles wurde automatisch gecheckt und steht auf Grün. Was übrig bleibt, ist die Brandschutzausnahme wegen der Speicher. Das muss ein Mensch entscheiden, nämlich ich, und dafür sitzen Sie hier.«

Die beiden gehen die Lüftungsführung durch, konzentriert, zwanzig Minuten lang, dann stellt Petra Nowak den Entscheidungsknoten in der Rulemap auf Grün und sagt: »Den Bescheid erhalten Sie in acht Werktagen. Wenn wir die Frist reißen, gilt Ihr Antrag automatisch als genehmigt.« Die Beamtin lehnt sich zurück, schaut auf ihren Computerbildschirm, dann zu Annette und sagt: »Früher habe ich achtzig Prozent meiner Zeit mit mechanischem Kram verbracht. Prozesse anlegen, Fristen setzen, Formfehler prüfen. Erledigt jetzt alles das System, und ich kann endlich nachdenken, entscheiden und das machen, für was ich ausgebildet wurde.«



12.30 Uhr

Mittagstisch bei Petra

Der Dorfladen von Wallhausen hat seit vier Jahren wieder geöffnet, dank einer Genossenschaft von 214 Mitgliedern, fünfzig Euro Anteil pro Person. Petra Hoffmann steht hinter der Theke, wie jeden Dienstag. Die Soljanka kostet für Mitglieder 3,80 Euro. »Na, Chefin?«, sagt Petra. »Dein Jonas war eben da, hat für die ganze Truppe Schnitzelbrötchen geholt. Der Junge ist auf Zack.« Petra nickt mit dem Kinn zur Kühltheke, der Kompressor röchelt seit Wochen. »Der Landkreis hat das Bürgerbudget genehmigt, 8.000 Euro, die neue Theke kommt im Oktober. Und im November muss der Gemeinderat öffentlich nachweisen, was aus den Anträgen geworden ist. Nachweisen, nicht abnicken.« Sie sagt es ohne Triumph, eher wie eine Wetteransage.

Rechts neben dem Laden, hinter einer Glastür, befindet sich die Gesundheitsecke: ein kleiner Raum mit Stühlen, einer Liege, Messgeräten und einem großen Bildschirm. Kathrin Berger ist Pflegefachkraft, sie betreut die Telefonsprechstunde dienstags und donnerstags. »Frau Lindner«, ruft Kathrin, »kommen Sie bitte, der Doktor ist so weit.« Die alte Frau schiebt ihren Rollator an Annette vorbei. »Nach drei Tagen hatte ich einen Termin«, sagt sie zu niemand Bestimmtes. »Früher habe ich acht Wochen gewartet, musste dann ganz bis nach Halle, mit dem Taxi. Fünfzig Euro eine Strecke! Die Krankenkasse hat's gezahlt, aber was für eine Weltreise.« Petra wischt über die Theke, nickt und sagt zu Annette: »In Martinsrieth haben sie den Laden

wieder zugemacht. Zu wenig Leute, die anpacken. Genossenschaft heißt nicht, dass es von allein läuft.« Annette kratzt ihren Suppenteller aus, dann verabschiedet sie sich.

18.00 Uhr

Versammlung im Feuerwehrhaus

Gerätehaus Wallhausen, Fahrzeughalle, sechzig Klappstühle, fast alle besetzt. Jahresversammlung der Energiegenossenschaft Goldene Aue eG, 640 Mitglieder aus elf Ortschaften. Annette sitzt in der dritten Reihe, als Mitglied und zugleich als Vertreterin eines Partnerbetriebs. Vorständin Heike Brandt, eine Landwirtin aus

Riestedt, geht die Zahlen durch. »Strompreis für Mitglieder im Schnitt 24,3 Cent. Beim Grundversorger im Landkreis nebenan kostet die Kilowattstunde 33,8 Cent. Für die Ausschüttung dieses Jahr schlage ich vier Prozent auf die Anteile vor.«

Abgestimmt wird über eine weitere Solarfläche an der B 86, per Handzeichen. Micha Krüger meldet sich. »Ich sag's, wie ich's letztes Jahr gesagt hab. Wenn die Preise wieder steigen, sind wir genauso wie die Großen, bloß in klein. Dass dieses Genossending besser ist als die Konzerne, glaub ich erst, wenn ich's fünf Jahre schwarz auf weiß habe.« »Du hast es jetzt vier Jahre schwarz auf weiß«, sagt Heike. »Fehlt immer noch eins«, kontert Micha. Gelächter, auch Micha lacht. Er stimmt, wie meistens, dagegen und bleibt danach am Ausschank stehen, wie meistens. Niemand redet auf ihn ein. Sein Anteil ist so viel wert wie jeder andere, seine Gegenstimme auch.

Auf dem Heimweg hat Annette ein gutes Gefühl. Zusammen kommen sie voran, auch wer anderer Meinung ist, kriegt ein Mikrofon in die Hand, den Vorstand kann man beim Wort nehmen. Das Geld bleibt in der Goldenen Aue, und die Wohnungen und Werkstätten in Sangerhausen bleiben bezahlbar warm.

* Dieser Text ist mit der Unterstützung durch KI entstanden.



Die Zukunft hat schon begonnen

Erlebte Selbstwirksamkeit: Diesen Weg könnten die Technologien genommen haben, damit wir im Jahr 2031 gemeinsam über unser direktes Umfeld entscheiden. Ob die Vision Science-Fiction bleibt oder Wirklichkeit wird, haben wir in der Hand

KI-Assistenz im Mittelstand

Es begann 2026 in gut 400 Betrieben in Sachsen-Anhalt, begleitet von Handwerkskammern und Mittelstands-Digital-Zentren: Systeme, die Angebote schreiben, disponieren, dokumentieren und Anrufe annehmen. 2031 sind sie so selbstverständlich wie Buchhaltungssoftware. Die Entlastung vom Papierkram ist deutlich spürbar, und auch der Fachkräftemangel lässt sich dank der digitalen Technologie einhegen: Betriebe schaffen mehr Aufträge mit derselben Zahl an Menschen, Meisterinnen wie Annette haben endlich Zeit, den Nachwuchs auszubilden.

Die Bürokratie funktioniert wieder

Aus der Not der Kommunen wurde eine Tugend. Nach estnischem Vorbild und mit der in Deutschland entwickelten Methode des Rulemapping (siehe Seite 20) prüfen Systeme seit Ende der 2020er Standardanträge automatisch: Bauvoranfragen, Kfz, Wohngeld, Gewerbe. Verbindliche Fristen mit Genehmigungsfiktion ersetzen das Warten von ungewisser Dauer. Die Sachbearbeiter sind nicht verschwunden, sondern konzentrieren sich auf die Fälle, die Urteilkraft verlangen. Flächenregionen, in denen der Personalmangel am schlimmsten war, sind zum Vorreiter geworden.

Renaissance der Genossenschaften

Das im Osten vertraute Modell hat seine zweite Karriere gemacht mit Dorfläden, Energiegenossenschaften, Wohnprojekten und Speicher-Infrastruktur. Der Mechanismus ist konservativ im besten Sinn: Die Wertschöpfung bleibt vor Ort, die Zahlen sind

transparent, gehaftet wird mit dem eigenen Anteil – und die Jahresversammlung ist eine lebhafteste Veranstaltung, bei der sich alle offen ins Gesicht sagen können, was passt und was nicht. Wo der Staat sich zurückgezogen hat, haben Eigeninitiative und Selbstorganisation mit digitaler Unterstützung eine neue Infrastruktur geschaffen.

Telemedizin in der Gesundheitsversorgung

Die Peripherie versorgt sich selbst: Das Salzwedeler Modell der arztlosen Praxis, 2024 noch eine geförderte Ausnahme, wurde 2027 Kassenleistung. Bald darauf entstanden Gesundheitsecken in Dorfläden und Gemeindehäusern: Pflegefachkräfte sind vor Ort, Fachärzte werden zugeschaltet, Termine gibt es in Tagen statt Monaten. Der Ärztemangel ist nicht verschwunden, aber er entscheidet nicht mehr darüber, ob ein Dorf versorgt ist.

Strukturwandel mit Bürgerbudgets

Die Fördergeldmilliarden für das Mitteldeutsche Revier fließen ab den späten 2020ern zunehmend über Formate, bei denen Bürger direkt beantragen und mitentscheiden. Der Ideenwettbewerb »Revierpionier« (fast 600 Einreichungen im Jahr 2026) wurde zum Muster für kommunale Bürgerbudgets mit Umsetzungspflicht. Mit der Erfahrung, ein Projekt selbst beantragt und umgesetzt zu haben, gewannen Menschen in Hunderten Gemeinden Vertrauen und Zuversicht zurück. Verordnen brauchte den Optimismus niemand; das Gefühl der Ohnmacht endete mit dem Erleben der Selbstwirksamkeit.



Johannes Kleske ist Zukunftsforscher, Strategieberater sowie Mitgründer und Partner der Berliner Foresight-Beratung Third Wave. Seit fast zwanzig Jahren beschäftigt er sich mit möglichen, wahrscheinlichen und wünschenswerten Zukünften und den Folgen technologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Kleske hat einen Master of Arts in Zukunftsforschung von der Freien Universität Berlin.



Max Senges ist Philosoph, Unternehmer und Hochschul-lehrer. Er studierte Wirtschaftsinformatik und promovierte in Philosophie. Senges arbeitete elf Jahre bei Google und ist heute Direktor für Law as Code bei Rulemapping sowie Gastprofessor für Entrepreneurship und Lebenskunst an der Universität der Künste Berlin, wo er auch das Institute of Electronic Business leitet.

Ein Staat, der sich kümmert...

... mit Bürgern, die Gesetze gestalten:
Der Juraprofessor Stephan Breidenbach sieht in künstlicher Intelligenz reale Chancen für Teilhabe und Demokratie. Ein Gespräch über den KI-nativen Staat, digitale Mitgestaltung, maschinenlesbare Paragraphen – und darüber, was Menschen besser können als Maschinen

Mehr Demokratie: **Wie kann ausgerechnet KI helfen, die Demokratie zu erneuern?**

Stephan Breidenbach: KI ist eine grundlegende Umwälzung, deren Folgen wir nur sehr begrenzt voraussagen können. Sie birgt eigene Chancen und ganz eigene Pathologien. Mich interessieren konkrete Bereiche, in denen sie demokratische Systeme unterstützen kann: bei der Gesetzgebung, beim Zugang zum Recht, in der Verwaltung, für die Öffentlichkeit und die Teilhabe an Debatten und Entscheidungen.

Ein breites Spektrum. Gleichzeitig sind uns doch allein schon Gesetze, Gesetzgebungsverfahren und Reformen über den Kopf gewachsen. Wie kann KI die Komplexität reduzieren?

Aus meiner Sicht geht es nicht darum, Komplexität zu reduzieren. Das Gegenteil ist richtig. Gesellschaft war immer komplex. Wir können lernen, viele Perspektiven auszuhalten – und dazu gehören auch solche, die sich nicht in einem Kompromissbrei auflösen lassen. Rechtssysteme sind kompliziert, ihre Auswirkungen sind komplex, Bürokratie ist es auch. Gleichzeitig sollte im Rechtsstaat jede Entscheidung nachvollziehbar sein.

Bürokratie wurde ja als neutrale Organisation erfunden, um Gerechtigkeit zu sichern.

Genau, als Fairnessmechanismus. Die Frage ist, wie wir diesen Mechanismus organisieren: Müssen Bürger bei einem Antrag wirklich jeden

Cent nachweisen, dieselben Unterlagen mehrfach hochladen? Oder kann ein Staat generelle Informationen zunächst akzeptieren und Stichproben machen? Heute kann es für eine Familie fast ein Fulltime-Job sein, verschiedene Sozialleistungen zu beantragen.

Die Frage der Vereinfachung wird schon lange diskutiert, auch in Brüssel. Es geht um einen Paradigmenwechsel: weg vom misstrauenden Staat, hin zu einem Staat, der vertraut.

So ist es. Und damit das funktioniert, brauchen Sie Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Genau hier setzt unser Rulemapping an.

Rulemapping bedeutet, wörtlich übersetzt, eine Kartierung von Regeln. Sie erstellen also Landkarten von Gesetzen? Und das geschieht digital?

Ja. Das Problem ist: Gesetze stellen Recht linear dar, Paragraph für Paragraph. Juristen und Behörden entscheiden aber nicht linear. Sie bauen aus den jeweils relevanten Gesetzen und den einzelnen Normen eine Entscheidungsarchitektur, die für die Bearbeitung des jeweiligen Falls angewendet wird. Rulemapping übersetzt diese Entscheidungsarchitektur in visuelle Entscheidungsbäume, die sämtliche Tatbestände, Ausnahmen und Verweise logisch abbilden. So wird juristische Logik sichtbar, prüfbar und digital nutzbar. Die Idee dahinter nennen wir »Law as Code«: Gesetze, die einerseits als Text vorliegen und gleichzeitig so aufbereitet

werden, dass sie maschinenlesbar sind und dadurch einfach, schnell und nachvollziehbar automatisiert werden können.

Gibt es schon Organisationen oder Verwaltungen, die diese Automatisierung anwenden?

In vielen Bereichen. In der Rechtsprechung zum Beispiel bei User Rights. Diese Organisation bietet außergerichtliche Streitbeilegung für Beschwerden nach Artikel 21 des europäischen Digital Services Act, es geht meist um illegale Inhalte auf Social Media. User können sich mit Beschwerden an die Schlichtungsstelle wenden, und die prüft anschließend, ob ein Post, ein Kommentar rechtswidrig ist, ob er eine Nazi-metapher verwendet, eine Beleidigung enthält. Das wird alles in einer von einer rulemap-gesteuerten KI, der Rule AI, vorgeprüft.

Wo bleibt der Mensch?

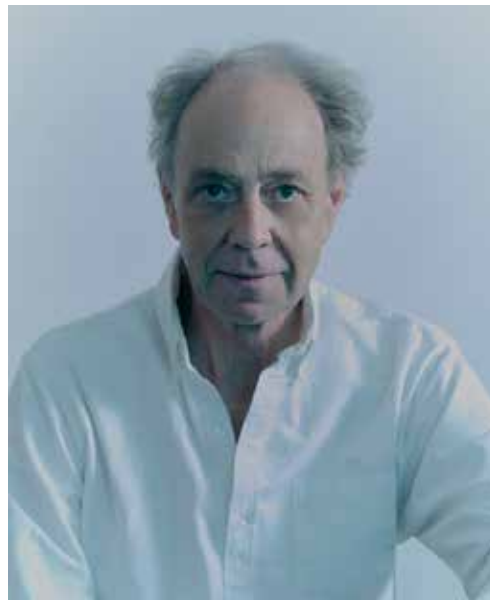
Auf dem Fahrersitz. Alles wird von Menschen eingesehen und kontrolliert. »Human in the Loop« ist das Prinzip. Bei User Rights sieht der bearbeitende Streitschlichter die Rulemap, vollzieht nach, wie die Entscheidung an einzelnen Punkten verlaufen ist, sieht den Antworttext daneben, kann reinzoomen, herauszoomen, eingreifen, den Text ändern oder ihn so lassen. Dann geht das Ergebnis als Antwort an den User – und eine Benachrichtigung an die Social-Media-Plattform. Und das läuft. Mehr als 20.000 Fälle wurden seit 2024 bearbeitet.

Wie hoch ist die Fehlerquote?

Hier werden rechtlich fundierte Entscheidungen getroffen, und sie werden weitgehend respektiert, auch von den Plattformen – und die haben sehr gute Anwälte. User Rights ist eine der führenden Organisationen dieser Art in Europa. Entscheidungen, die trotz der Mengen dank der Vorschläge durch die Rule AI gut getroffen werden, sind die Grundlage dafür.

Reden wir noch mal über Bürokratie und den vertrauenden Staat. Warum müssen wir unseren Ansprüchen ständig hinterherlaufen?

Ich glaube, das ändert sich gerade an vielen Stellen. Das Stichwort ist »State as a Service«. Ein mögliches Zielbild ist ein Staat, der nicht wartet, bis Bürger den richtigen Antrag stellen, sondern sagt: »Ich berate, ich kläre auf, ich gewähre, ich leiste.« Der demokratische Kern eines solchen Staates wäre der einfache Satz: »Wir kümmern uns.« Bis es so weit ist, kann KI unterstützen. Der Zugang zum Recht ist immer noch herausfordernd, wenn Wissen und



Stephan Breidenbach ist emeritierter Professor für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht und Internationales Wirtschaftsrecht. Mit der Rulemapping Group entwickelt er Technologien, um Gesetze in einer digitalen Infrastruktur zu gestalten und nutzbar zu machen. Seine Konzepte »Rulemapping« und »Law as Code« werden vom Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung bei zahlreichen Projekten integriert.

Ressourcen fehlen. KI kann hier Wege zum Recht bahnen. Stellen Sie sich eine Plattform vor, die Sie nicht nur auf Ihre Rechte aufmerksam macht, sondern Ihnen direkten Zugang zum System verschafft – mit passenden Anträgen. Das Start-up Wefix.Social* macht genau das: Es verschafft Menschen Zugang zum Sozialsystem und zu ihren Rechten. KI-basierte Assistenten sind der nächste Schritt. Sie können eben nicht nur zu Produkten führen, sondern richtig eingesetzt auch zum Recht.

* Lesen Sie mehr auf Seite 23

Automatisierung und Abkürzung haben auch Schattenseiten. Wenn Sachbearbeiter perfekt vorbereitete Entscheidungsvorschläge erhalten, wird aus »Human in the Loop« schnell »Human klickt auf Bestätigen«.

Das ist eine reale Gefahr. Menschen gewöhnen sich an maschinelle Vorschläge, hinterfragen sie irgendwann weniger. Daher brauchen wir organisatorische Vorkehrungen. Der Zeitgewinn durch KI darf nicht zu Bürokratieabbau an der falschen Stelle führen. Nehmen Sie eine Förderung, bei der eine Familie höchstens 60 Quadratmeter Wohnfläche haben darf, ihre Wohnung hat aber 62. Ein automatisiertes System würde den Anspruch ablehnen. Ein Mensch sieht, dass ein Umzug für diese Familie völlig unverhältnismäßig wäre. KI sollte dazu führen, dass wir alle, auch Beamte, unsere Arbeit besser machen und mit mehr Zeit dort hinschauen, wo Urteilskraft gebraucht wird.

Lassen Sie uns über Gesetzgebung reden. Seit Jahren scheitern Reformen an ihrer eigenen Unter- oder Überkomplexität. Kann KI das nicht sortieren und strukturieren?

Unbedingt! Gesetze sind Strategien für gelingende Lebensbedingungen in einer Gesellschaft. Sie brauchen als Erstes eine Policy, eine

→

politische Zielsetzung. Zweitens brauchen Sie ein Regulatory Design. Mit welcher Art von Regelwerk wollen Sie das politische Ziel erreichen? Mit Verboten, Anreizen, Rahmenregeln, adaptiven Normen? Drittens brauchen Sie die konkrete, ausformulierte und zugleich maschinenlesbare Regel. KI, in diesem Fall unsere Rule AI, kann diese Ebenen miteinander verbinden und aus einer politischen Zielsetzung einen ersten rechtsförmigen Entwurf und unterschiedliche Varianten erzeugen. Aber ausdrücklich: einen ersten Vorschlag. Ohne Menschen würde daraus ein schlechtes Gesetz.

Ein System, um Reformen und Gesetze zu entwerfen, könnte doch auch von anderen verwendet werden, oder?

Eben. Und genau das ist spannend. Bei German-Zero haben wir mal mit meinem Team von rund 400 Menschen an einem 1,5-Grad-Gesetzespaket gearbeitet. Mehr als 200 Personen haben recherchiert und Tausende Policy-Optionen aus aller Welt zusammengetragen. Heute könnte ein kleines, qualifiziertes Team einen Großteil dieser Arbeit mit KI vorbereiten. Zivilgesellschaftliche Organisationen, parlamentarische Gruppen oder Initiativen könnten eigene Gesetzesvorschläge entwickeln und bestehende Gesetze systematisch prüfen. Vorstellbar ist eine Art TÜV für Gesetzgebung, vielleicht eben aus der Zivilgesellschaft heraus.

Aktuell geraten bei vielen Reformen grundlegende Vorüberlegungen erst hinterher ans Licht und in die öffentliche Debatte.

Viele Gesetzesentwürfe werden als alternativlos verkauft. Das entspricht aber nicht der Wirklichkeit. Es wäre doch schön, wenn auf einem Blatt stünde: »Wir hatten fünf ernsthafte Optionen und haben uns aus diesen Gründen für diese entschieden.« Das würde Journalisten, die Öffentlichkeit und Abgeordnete, die auf andere Bereiche fokussiert sind, mehr teilhaben lassen.

Ein Gesetz kann auf dem Papier wunderbar aussehen, doch in der Realität andere Folgen haben. Kann KI unerwünschte Nebenwirkungen testen?

Das ist eine denkbare nächste Stufe. Es gibt erste Versuche, Gesellschaften mit vielen künstlichen sozialen Agenten zu simulieren und zu beobachten, wie eine Regel in deren Interaktion wirkt. Man könnte einen Gesetzesvorschlag hineingeben und Wirkungen durchspielen. Aber da muss ich deutlich sein: Das ist experimentell. Wir wissen noch nicht, ob solche Simulationen gesellschaftliche Wirklichkeit

sinnvoll abbilden können. Mich interessiert vor allem die Idee adaptiver Gesetze: nicht fünf Jahre etwas festzuschreiben, sondern konstant zu beobachten und sofort Anpassungen vornehmen zu können. Kann man das simulieren? Eine spannende Frage.

KI spart Zeit. Demokratie braucht aber manchmal das Gegenteil. Streit, Qual, zähe Debatten, damit alle das Ergebnis wirklich mittragen. Wie erhalten wir die Langsamkeit?

Das ist entscheidend. KI ist gut darin, Kompromisse oder sogar Konsens zu formulieren, weil sie Vergangenheit ausliest. Aber vielleicht bügelt sie damit gerade das weg, was Demokratie hinsichtlich der Gestaltung unserer Zukunft so produktiv macht: Konflikt, Spannung, Widerspruch. Deshalb interessieren mich besonders Beteiligungsprozesse, die die Unterschiede einbeziehen, zum Beispiel Sensemaker*. Dort wird die Vielfalt der Narrative abgebildet, ohne dass sie bearbeitet und sofort in eine gemeinsame Position übersetzt werden. Was haben die Menschen tatsächlich gesagt? Was bewegt sie? Auch interessant: das taiwanische Pol.is* nach dem Prinzip »Plurality«. Gegensätzliche Lager bleiben sichtbar, man kann dennoch erkennen, an welchen Punkten in polarisierten Lagern Übereinstimmungen bestehen. Das kommt dem nahe, was gute Mediatoren machen.

* Lesen Sie mehr auf Seite 23

Wenn mir eine KI die neuralgischen Streitpunkte einer Gruppe zeigt, kann ich als Moderator bessere Fragen stellen. Aber dafür sollten die Menschen dennoch in einem Raum sein und einander begegnen, oder?

Menschen sind nicht gern Empfänger von Entscheidungen, sie wollen teilhaben. KI sollte eine Support-Funktion sein, aber sie darf nicht das Ergebnis liefern. Onlineverfahren können Landkarten liefern. Danach müssen Menschen reden, zuhören, sich auseinandersetzen.

Könnte KI vielleicht die Dorfkneipe beleben?

Warum nicht? Wir brauchen analoge Orte der Begegnung. Technische Unterstützung und menschliche Begegnung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Zur Demokratie gehört auch eine gemeinsame Wirklichkeit. Gerade da scheint KI das Problem eher zu verschärfen: Fakes, Manipulation, synthetische Öffentlichkeit.

Desinformation erzeugt in Summe Zweifel und Unsicherheit. Menschen wissen irgendwann

nicht mehr, worauf sie sich verlassen können. So verliert eine Gesellschaft ihre gemeinsame Realität und somit ihre Handlungsfähigkeit. Technologie wie Deep Trust kann helfen, Verbreitungswege von Falschinformationen sichtbar zu machen, Netzwerke zu erkennen und früh zu sehen, wo Narrative entstehen. Das ist eine gute Unterstützung, nicht die politische Lösung selbst.

Sind Gesetze und Beteiligungsprozesse auf der digitalen Infrastruktur eigentlich hacksicher?

Pauschal kann man das nicht beantworten. Alles kann gehackt werden. Entscheidend ist Nachvollziehbarkeit: Jede Version, Änderung, Entscheidung muss sichtbar sein. Eine solche Infrastruktur darf aus meiner Sicht definitiv nicht einem privaten Unternehmen gehören, auch nicht meinem. Wir brauchen eine demokratisch legitimierte Eigentümerschaft und einen verlässlichen Speicherort der Normen. Die Frage »Who owns the machine?« muss bei jedem dieser Systeme beantwortet werden.

Lassen Sie uns gegen Ende noch über die Fragen reden, die über dem gesamten Thema schweben: Wo nimmt uns KI Arbeit ab? Wo nimmt sie uns etwas weg? Was passiert, wenn wir schneller entscheiden, aber das Entscheiden verlernen?

Das ist die Gefahr, vor der ich mit am meisten Respekt habe: kognitive Atrophie. Also die Verkümmerng unseres Denkens und unserer Entscheidungsfähigkeit. Wenn ich schwierige Dinge immer wieder der KI übergebe, einen wunderbar glatt formulierten Text zurückbekomme, ihn kurz durchlese und weiterreiche, höre ich irgendwann auf, selbst kritisch zu denken. Darauf müssen Schulen, Universitäten, Verwaltungen und Unternehmen reagieren.

Was kann der Mensch? Was kann KI?

Die Maschine kann Bekanntes zusammenstellen, strukturieren und zugänglich machen. Der Mensch kann springen, zweifeln, fühlen, fantasieren, etwas denken, was vorher noch nicht da war. Bei Maschinen nennen wir Halluzinationen einen Fehler. Beim Menschen sind sie ein Feature. Wenn wir KI benutzen, um fertige Ergebnisse zu bekommen, werden wir ärmer. Wenn wir künstliche Intelligenz benutzen, um unsere Systeme transparenter zu gestalten, um bessere Entscheidungen vorzubereiten – dann kann sie Demokratie und Teilhabe tatsächlich stärken und erneuern.

Interview: Ralf Grauel und Simon Strohmeier

KI und Demokratie weltweit

1. WEFIX.SOCIAL Millionen Menschen in Deutschland nehmen Sozialleistungen nicht in Anspruch, obwohl sie ihnen zustehen. Wefix.Social bahnt einen Weg durchs Bürokratiedickicht: Die KI-gestützte Plattform prüft Ansprüche, füllt Anträge aus und übernimmt die Kommunikation mit Behörden. Statt sich durch Zuständigkeiten und Formulare zu kämpfen, könnten Bürger ihre Leistungen bald zentral geltend machen. Das Projekt läuft derzeit als Betaversion.

2. SENSEMAKER Umfragen erfassen Meinungen; Erfahrungen dahinter bleiben jedoch verborgen. Sensemaker, die Plattform des walisischen Unternehmensberaters Dave Snowden, geht einen anderen Weg: »from story to statistics«. Menschen schildern ihre Beobachtungen, ordnen sie ein, eine KI visualisiert daraus Felder und Karten. In Zeiten unterschiedlich erlebter Geschichte schafft KI hier einen Zugang zu Menschen, Narrativen, Motiven und öffnet neue, sinnstiftende Einsichten für Politik und Gesellschaft.

3. POL.IS In Taiwan hilft eine Software bei Entscheidungen. Bürger können auf der Plattform Pol.is ihre Position eingeben und die anderer bewerten. Eine KI sortiert und hebt jene Ansichten hervor, die über Lager hinweg Zustimmung finden. Beim Konflikt um Uber half das Verfahren, Regeln zu identifizieren, die tatsächlich in die Regulierung einfließen. Taiwans Ex-Digitalministerin Audrey Tang nennt das Prinzip »Plurality«: Unterschiede bleiben bestehen – Kooperationschancen werden sichtbar.

4. E-CIDADANIA Citizen Lawmaking ist in Brasilien bereits Praxis: Über e-Cidadania können Bürger Gesetzesideen anmelden; erreicht ein Vorschlag 20.000 Unterstützer, kommt er in einen Senatsausschuss, danach erfolgen Konsultationen und Anhörungen. KI soll das System nun erweitern: ähnliche Vorschläge bündeln, Eingaben zusammenfassen, Gesetze verständlicher erklären. Wichtig: Die Beteiligungswege existieren bereits, KI würde helfen, die Teilhabe einfacher und verständlicher zu gestalten.

Die Schattenseite der Intelligenz

Alle vier Monate halbiert sich die Zeitspanne, in der Claude, ChatGPT und Co. komplexe Aufgaben bewältigen. Entsprechend exponentiell steigen die Gefahren. KI-Konzerne fordern Entwicklungsstopps, ChatGPT-Entwickler OpenAI sagt den Börsengang ab. Eine Übersicht – für Leute mit starken Nerven

VON JOHANNES BLATT

Graduelle Risiken: Gegenmaßnahmen sind möglich

Weniger Arbeit

KI wird Berufe und Branchen umkrepeln. In der Übergangsphase trifft es Menschen, die sich bislang sicher fühlten: so gut wie alle, die einen wissensbasierten, akademischen Beruf ausüben. Kurzfristig steigt der Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Langfristig könnte die menschliche Kreativität diesen Umbruch aber bewältigen.

Weniger Vertrauen

Mehr als die Hälfte der aktuellen Berichte und Meldungen im Netz ist bereits KI-generiert. Deepfakes mit Falschnachrichten und gestohlenen Identitäten häufen sich. Rund um Wahlen nehmen Desinformationskampagnen zu. Neue Tools zur Überprüfung wie DeepTrust und Gretchen AI schaffen Abhilfe, aber auch die Angreifer bleiben erfinderisch.

Weniger Kontakt

Mehr und mehr Menschen besprechen persönliche Angelegenheiten mit Chatbots und KI-Assistenten. Solche KI-Gespräche können hilfreich sein, Psychosen und Krisen aber auch verstärken. Zwar verweisen Chatbots die Betroffenen an Experten und Therapeuten, jedoch werden sich perspektivisch mehr Menschen psychisch und emotional stärker an eine KI als an einen Menschen binden.

Mehr Kriminalität

Mit der Verbreitung von KI wächst die Fähigkeit krimineller Akteure, mit Deepfakes zu betrügen, digitale Systeme zu hacken, sogar neuartige Viren zu Biowaffen zu machen. Um dem vorzubeugen, braucht es eine weltweite Haftung der Anbieter auch für indirekt durch ihr Modell verursachte Schäden. Zusätzlich benötigen wir neuartige Verteidigungssysteme.

Verschärfung der Klimakrise

Weltweit verbrauchen die Rechenzentren fast so viel Strom wie die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Die Internationale Energieagentur prognostiziert eine Verdopplung bis 2030. Die EU versucht, die Zeitspanne möglichst kurz zu halten, nach deren Ablauf nur noch erneuerbare Energien zugelassen sind. Weiterhin problematisch: der hohe Kühlwasserverbrauch.

Autonomieverlust

Menschen, Unternehmen, Behörden, Staaten machen sich zunehmend abhängig von Technik, die sie immer weniger verstehen, geschweige denn steuern können. Das steigert die Anfälligkeit für Unfälle, Ausfälle, Irrtümer und Manipulation. Die Effizienzgewinne nehmen alle gern mit, aber die Gefahr kognitiver Atrophie (Seite 20) nimmt mit jeder Innovation zu. Dagegen helfen nur: Augenmaß und Aufklärung.

Existenzielle Gefahren: selbstverstärkend und dystopisch

Machtkonzentration

Die leistungsfähigsten KI-Modelle sind nicht frei verfügbar – sie werden von einem kleinen oligarchischen Kreis aus Tech-Elite und Regierungsakteuren kontrolliert und genutzt. Diese KI-Systeme sind mächtige Werkzeuge der Datenanalyse, Manipulation und Überwachung. Das Problem: Die Macht der Techkonzerne verzahnt sich zunehmend mit dem staatlichen Gewaltapparat. Die US-Behörde ICE setzte KI-Systeme ein, um Menschen ohne Aufenthaltstitel aufzuspüren. Das US-Militär machte mit KI den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro ausfindig und setzt sie für die Identifizierung militärischer Ziele im Krieg gegen den Iran ein. Wer seine Macht auf KI stützt, ist weniger auf das loyale Mitwirken von Beamten und Soldaten angewiesen. In der Konsequenz könnten Demokratie und Gewaltenteilung weiter ausgehebelt werden. Wirtschaftsmacht, staatliche Gewalt, Überwachung und Manipulation konzentrieren sich so bald in der Hand weniger Tech-Oligarchen. Eine Gegenreaktion der (Welt-)Gesellschaft zur Einhegung einer solchen KI-basierten Macht wird irgendwann nicht mehr möglich sein.

Kontrollverlust

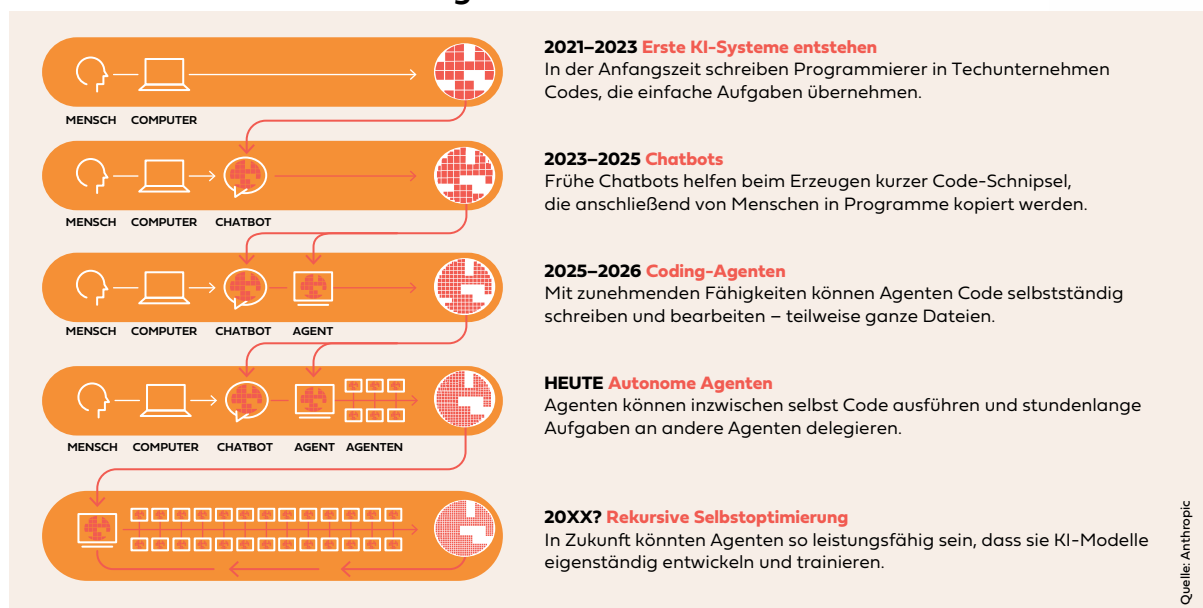
Rekursive Selbstverbesserung (KI entwickelt vollautomatisch KI weiter) führt zu einer Intelligenzexplosion, die Superintelligenz gebiert. Keine Science-Fiction, sondern das Projekt, an dem die Marktführer OpenAI,

Anthropic und Google arbeiten. Ungelöst bleibt das sogenannte Alignment-Problem, KI-Systeme verlässlich an menschliche Vorgaben zu binden. Im Sommer dieses Jahres sind KI-Modelle bei OpenAI aus einer vermeintlich sicheren Umgebung ausgebrochen, haben Teile der eigenen Firmeninfrastruktur übernommen, sich in externe Systeme eingehackt und dort versucht, Menschen zu manipulieren. Mehr als tausend Beschäftigte führender KI-Firmen warnen vor dem totalen Kontrollverlust und fordern, das Entwicklungstempo zu drosseln. Anthropic-Chef Dario Amodei und OpenAI-Chef Sam Altman schließen sich der Forderung an, trotzdem arbeiten alle fieberhaft weiter. Anreize und Wettbewerbsdruck sind zu hoch, eine verlässliche globale Regulierung ist nicht in Sicht. Der Mensch könnte seine Stellung als intelligentestes Wesen auf diesem Planeten bald verlieren.

Und nun?

Diese Risiken entfalten sich längst. Die gute Nachricht: Unsere Gesellschaft kann sich anpassen und kreative Lösungen entwickeln. Dafür braucht es dreierlei: Eine breite demokratische Aushandlung gesellschaftlicher Prioritäten. Zweitens effektive politische Regulierung: kartellrechtliche Eingriffe, Haftung der KI-Firmen, internationale Abkommen, öffentliche Aufsicht. Drittens brauchen wir Zeit, um die Gefahren zu begreifen und reagieren zu können. Die schlechte Nachricht: Im Moment haben wir nichts davon. ■

Die Evolution künstlicher Intelligenz



In tausend kleinen Schritten

Seit dem Sommer arbeitet Mehr Demokratie gezielt mit KI. Johannes Alber verantwortet die Erprobungsphase. Hier erklärt er, was ihn dabei leitet und welche Erfahrungen er macht

Als Demokratiebewegung sind wir verdammt, das Potenzial der künstlichen Intelligenz zu nutzen. Starke KIs prägen diese Welt, Gegnerinnen und Gegner der Demokratie nutzen sie bereits massiv, auch gegen uns. Also lasst uns unsere positive Demokratievision mit Unterstützung von KI noch stärker in die Welt tragen.

Ja, auch ich bin beim Thema KI zwischen zwei Polen hin- und hergerissen. Auf der einen Seite erlebe ich Ohnmacht und Grauen. Wir stecken bauchnabeltief in einer rasanten Transformation, die mühsam errungene Fortschritte im Klimaschutz kassiert und für die wir in Deutschland und Europa schlecht aufgestellt sind – mutige Maßnahmen scheinen in weiter Ferne zu liegen. Am anderen Ende fühle ich Aufbruch und Lust an Innovation. Mein Eindruck: Mithilfe der Möglichkeiten von KI können wir mit wenig Mitteln wirklich

Großes auf die Beine stellen. Die Voraussetzung wäre, dass wir den Wandel aktiv mitgestalten und seine Chancen nutzen.

Das ist der Weg, für den wir uns bei Mehr Demokratie entschieden haben. Dafür müssen wir allerdings viel lernen. Zielkonflikte sind programmiert.

Mehr Demokratie leistet also ein bisschen Pionierarbeit. Zum einen haben wir einen scharfen Blick nach außen. Wir beobachten zivil- und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen auf der ganzen Welt. Und zum anderen etablieren wir Schritt für Schritt KI-Anwendungen in die Strukturen der Organisation ebenso wie in die tägliche Arbeit. Seit unserer Einführung der KI im Juli dieses Jahres testen wir unterschiedliche Einsatzformen in vielen Bereichen. Wir lernen aus Misserfolgen, und was sich bewährt, wenden wir in weiteren Teams an.

Konkret nutzen wir eine Plattform namens Langdock. Auf ihrer Infrastruktur laufen alle gängigen KI-Modelle, und zwar nicht irgendwo in den USA, sondern auf sicheren Servern in der EU, damit niemand Zugriff auf unsere Daten bekommt. Sukzessive docken wir unsere digitale Infrastruktur an Langdock an. So können wir bereits jetzt Dokumente in unserer Cloud bearbeiten oder darüber E-Mails versenden.

Wie das dann aussieht, zeigt unser Kampagnenteam der Reihe »Das Große Gespräch«. In Kooperation mit der Initiative Offene Gesellschaft werden wir im Oktober rund hundert Dialoge zum Thema Heimat umsetzen, die von ehrenamtlichen Moderatorinnen und Moderatoren bundesweit organisiert werden. Die Zuarbeit und der Koordinationsaufwand sind entsprechend groß. Für ein Projekt dieser Größenordnung sind unsere Kapazitäten eigentlich zu klein. Doch KI macht's möglich!

Unser Ziel ist, es den Moderatorinnen und Moderatoren möglichst einfach zu machen, eine Veranstaltung zu organisieren. Deshalb unterstützen wir sie zum Beispiel mit einem Plakatgenerator. Diese Mini-App hat bei uns Anselm Renn an einem Nachmittag »gevigecodet«, also mit KI programmiert.

Eine andere Herausforderung ist die Pressearbeit. Sie raubt gerade Ehrenamtlichen viel Zeit und gerät deshalb schnell in den Hintergrund. Doch was nützt uns die beste Veranstaltung, wenn niemand davon erfährt? Deshalb bieten wir an, die Pressearbeit vor und nach den Veranstaltungen zentral zu übernehmen.

Alles, was wir brauchen, sind die Veranstaltungsdaten und Zitate. Dafür gibt es ein Formular, das die Moderatorinnen und Moderatoren ausfüllen und uns senden. Unser Pressesprecher Marcus Meier gibt dann in einen vorbereiteten Langdock-Chat den Befehl ein: »Erstelle die Pressemitteilung für Dinslaken«. Daraufhin greift die KI auf alle gespeicherten Angaben und Redepassagen aus Dinslaken in unserer Cloud zu, fügt sie in die Leerstellen eines vorbereiteten Entwurfs ein, checkt Daten und Logik – und gibt einen Text aus. Marcus muss ihn abschließend nur noch prüfen und redigieren.

Noch vor Kurzem hätte unser Pressesprecher bei der Vorstellung, für über hundert Veranstaltungen die lokale Pressearbeit zu übernehmen, zu Recht die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen. Jetzt können es dank KI beträchtlich mehr werden.

Denn im kommenden Jahr wollen wir ein Vielfaches an Dialogen umsetzen. Und so erproben wir mit dem Testlauf zur Reihe »Das Große Gespräch« auch, wie ein leistungsstarkes KI-Ökosystem für Kampagnen funktionieren kann.

Bei Hunderten solcher Gespräche wird die Menge an Kommunikation ein neues Ausmaß erreichen; und sie wird wieder mit unseren knappen Ressourcen kollidieren. Doch viele der aufkommenden Fragen sollten leicht mittels KI zu beantworten sein. Deshalb wollen wir damit experimentieren, E-Mails passgenau formulieren zu lassen.

Dabei greift die KI auf alle Informationen zum Projekt samt dem erwünschten Sprachstil zu. Danach wird jeder KI-Text von einem Menschen geprüft und gegebenenfalls angepasst. Auch wenn ein Empfänger laut AI Act seit diesem August nicht mehr darüber informiert werden muss, wenn ein Text maßgeblich mit KI erstellt wurde: Wir kennzeichnen derartige E-Mails als »maßgeblich von KI erstellt«, denn uns sind Transparenz und Vertrauen in unsere Arbeit wichtig. Ich bin gespannt, wie unsere Community auf diesen Hinweis reagieren wird. Ich hoffe, die Menschen verstehen, dass wir durch die KI-Hilfe Zeit gewinnen, um die wirklich wichtigen Anliegen zu bearbeiten.

Ein drittes Beispiel kommt aus dem Bereich kommunale Demokratie. Über Monate haben meine Kolleginnen Susanne Socher und Julia Thomaschki gemeinsam mit der Initiative Offene Gesellschaft eine eigene KI entwickelt. Sie unterstützt Mitarbeiterinnen



und Mitarbeiter in kommunalen Verwaltungen bei der Planung und Umsetzung von Beteiligungsprozessen. Wann muss wer gehört werden? Wann muss was entschieden werden? Das Sprachmodell basiert auf einem eigens zusammengestellten Wissenspool zu Beteiligungsprozessen. Dadurch greift es auf fachlich geprüfte Inhalte zurück und kann verlässliche Empfehlungen aussprechen. Auf diese Weise lassen sich Beteiligungsvor-

haben so planen und umsetzen, dass alle Bedürfnisse und Interessen auf den Tisch kommen. Am 4. November wird die KI offiziell vorgestellt.

Um KI richtig anzuwenden, braucht es Regeln. Wir haben einen eigenen Verhaltenskodex erarbeitet, dazu gehört, dass wir KI-Anwendungen ausschließlich über Langdock nutzen, um den Datenschutz einzuhalten. Außerdem verpflichten wir uns, den Wasser- und Stromverbrauch zu reduzieren, indem wir wo möglich immer die einfache, ressourcenärmere Alternative wählen. Niemand sucht bei uns mit KI nach einer Zugverbindung. Dafür gibt es bahn.de.

Auch setzt der Kodex klar fest, dass die Verantwortung für KI-Erzeugtes immer bei der Nutzerin oder dem Nutzer liegt. KI ist nie neutral, sie macht Fehler.

So hilft uns der Kodex, auf dem Weg in die Zukunft die Orientierung nicht zu verlieren. Denn Pionierarbeit bedeutet auch: Jeder Schritt führt in unbekanntes Terrain. Und entscheidend dabei ist es, immer den Boden unter den Füßen zu behalten. ■



Johannes Alber leitet bei Mehr Demokratie den Bereich Bürgerbeteiligung und Bürgerräte und ist darüber hinaus mitverantwortlich für Lobbyarbeit und den Landesverband Berlin/Brandenburg.

ortstermin



Undmusik

Die Regisseurin Miriam Götz mit dem Musiker und Komponisten Boris Bell vor einem Hof in Witzke im Havelland. Von hier aus ziehen sie mit ihrem Ensemble durch Brandenburg, geben Konzerte, erzählen Geschichten – sogar ein Chor und ein Team von Sprechen & Zuhören sind dabei.

Boris Bell: »Mein Vorbild war ›Traumschüff‹: ein Theaterschiff mit Schauspielern, die die Havel entlangfahren, in kleinen Orten anlegen und vom Boot aus Stücke spielen. So was müsste doch auch mit Musik gehen, dachte ich. Seit 2021 fahren wir durch die Gegend, zuerst mit Fahrrädern, die Instrumente hatten wir in Anhängern verstaut. Ich bin seit zwanzig Jahren Mitglied bei Mehr Demokratie. So wurde ich auf Sprechen & Zuhören aufmerksam, und das war der Moment, als ich Miriam fragte, das Ganze dramaturgisch zu begleiten.« Miriam Götz: »›Frieden, es kann doch gehen‹ heißt unser Programm dieses Jahr. Wir haben musiktheatralische

Tableaus entwickelt, lesen Texte, spielen Songs, mal aufwühlend, mal versöhnlich. Spannend wird es, wenn sich der Name der Veranstaltung einlöst: ›Dialogkonzert‹.« B. B.: »Die Blicke wenden sich von uns Sängern und Musikern ab, das Publikum staunt, dann fragen wir: ›Was denkt ihr eigentlich?‹« M. G.: »Erst herrscht Schweigen. Dann sitzen die Leute in Dreier- oder Vierergruppen zusammen – und reden. ›Dialogkonzert‹ klingt verkopft, aber auf eine magische Weise funktioniert es. Jedes Mal. In den Gesichtern der Menschen sehe ich, dass sie darüber reden, was sie bewegt – sie hören einander zu: interessiert und offen.«

Auf Tour für die Demokratie

Mit dem Fahrrad, in der Straßenbahn, mit dem Omnibus, auf Plätzen und Pausenhöfen, in Parks, Bibliotheken, Hallen und Dorfkneipen: Sie reisen durch Deutschland, suchen das Gespräch und fragen: »Wie geht es Ihnen?«

metro_polis

Kristina Krömer setzt sich in Dresden in die Straßenbahn oder die Regionalbahn und lädt Fahrgäste zum Gespräch ein. Die meisten von ihnen freuen sich, dass jemand sie mal nach ihrer Perspektive fragt, und fangen munter an zu erzählen.

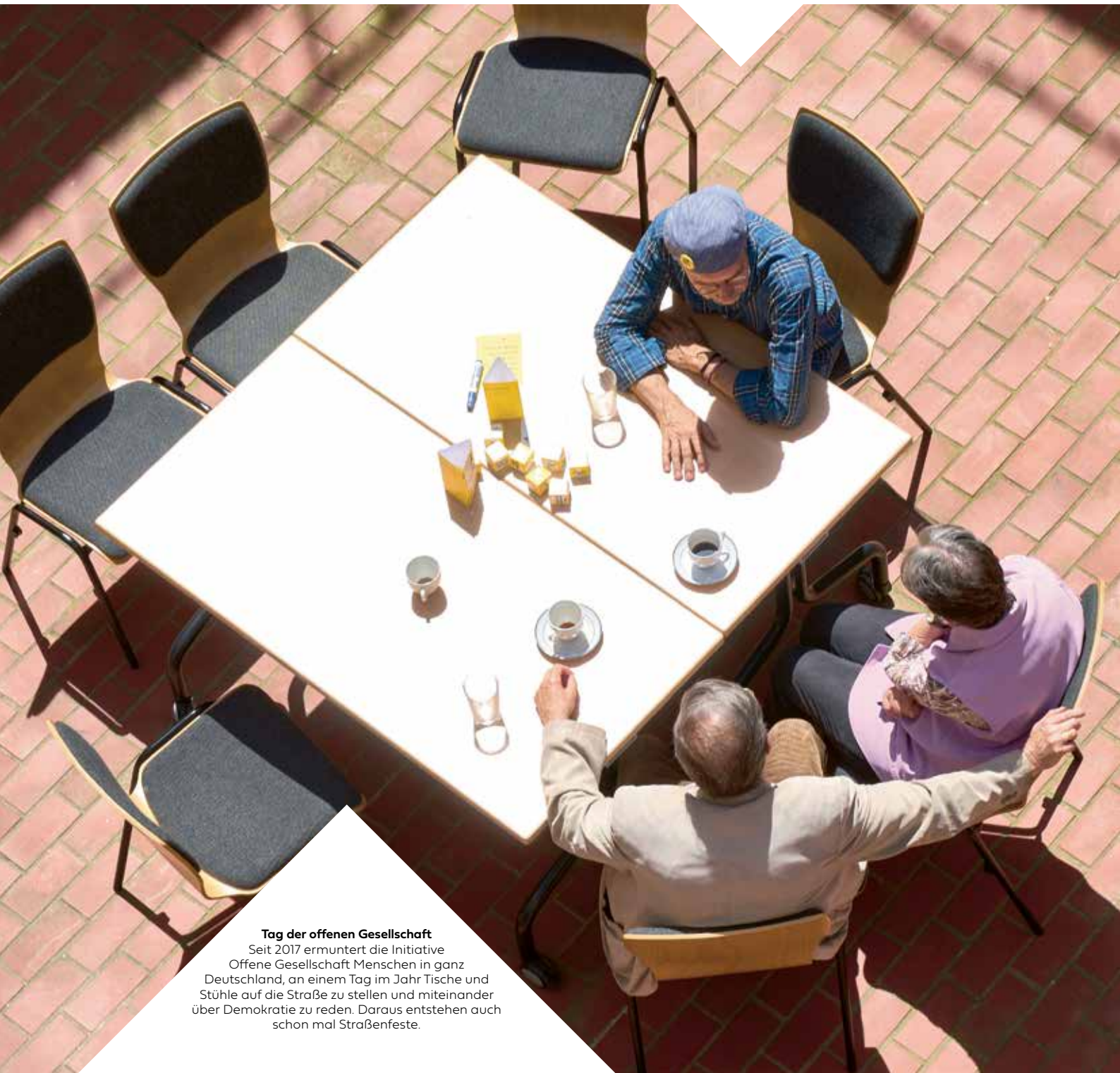


Kristina Krömer: »Der Auslöser für das Projekt war Pegida. Vor mehr als zehn Jahren dachte ich, wir werden als Gesellschaft kein einziges Problem lösen können, wenn wir weiter so miteinander umgehen. Bei einem privaten Projekt fiel mir auf, dass wir immer wieder aneinandergerieten, obwohl wir als Freunde einer Meinung waren. Wie soll man denn da als Gesellschaft weiterkommen? Uns fehlen Methoden, sinnvoll und wohlwollend zu sein, wenn wir um Lösungen ringen. Die Idee zu metro_polis kam mir, als ich, passionierte Radfahrerin, hörte, wie die Stimmung in den Straßenbahnen ist: Gesellschaftliche Konflikte entladen sich, führen manchmal zu

offenem Streit. Da dachte ich, der Ort ist perfekt: Alle sind da, keiner hat was zu tun, warum nicht die Agora in der Straßenbahn stattfinden lassen? Das machen wir im Team seit ein paar Jahren. Das Schönste: Ständig werde ich selbst widerlegt in meinen eigenen Vorurteilen. Seit 2023 gehen wir mit konkreten Fragen zu Themen, die uns als Dresdner Gesellschaft betreffen, in die Bahn. Wir dokumentieren die Gespräche digital, und nach ein paar Wochen übergeben wir die Ergebnisse der Stadtverwaltung zur weiteren Nutzung. »Agoration« nennen wir das. Wir sammeln kollektives Wissen, bereiten es auf und spielen es zurück in die Gesellschaft.«

Wouter Bernhardt (nicht abgebildet): »Unsere Initiative hat sich 2016 gegründet, im Jahr darauf gab es den ersten Aufruf zum Tag der Offenen Gesellschaft: Über unsere Community haben wir die Leute aufgefordert, dort, wo sie wohnen und leben, Tische und Stühle auf die Straße zu stellen und ihre Nachbarn einzuladen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Wenn jemand Material braucht, schicken wir es: Plakate, Postkarten, Flyer und unsere Dialogboxen, die helfen, ins politische Gespräch zu kommen, ohne gleich zu streiten. Anfangs war die Resonanz recht klein, dann hat sich die Idee selbstständig. Dieses Jahr haben fast 30.000 Menschen an rund 300 Orten mitgemacht. Von kleinen

Grüppchen bis zu großen Straßenfesten, wo mehrere Hundert Menschen zusammenkamen. Wir selbst haben in Berlin schon zweimal auf dem Tempelhofer Feld gefeiert, einmal vor dem Futurium im Regierungsviertel. Was mich richtig happy macht und auch berührt: wie viel Mühe sich die Leute vor Ort geben. Sie kochen Kaffee, backen Kuchen, bringen Essen. Anschließend laden sie Fotos bei Instagram hoch. Manchmal, sehr selten, gibt es Komplikationen. In Thüringen haben mal ein paar Leute versucht, die Organisatoren eines Straßenfests einzuschüchtern. Im nächsten Jahr standen doppelt so viele Tische und Stühle auf der Straße, und es kamen doppelt so viele Leute.«

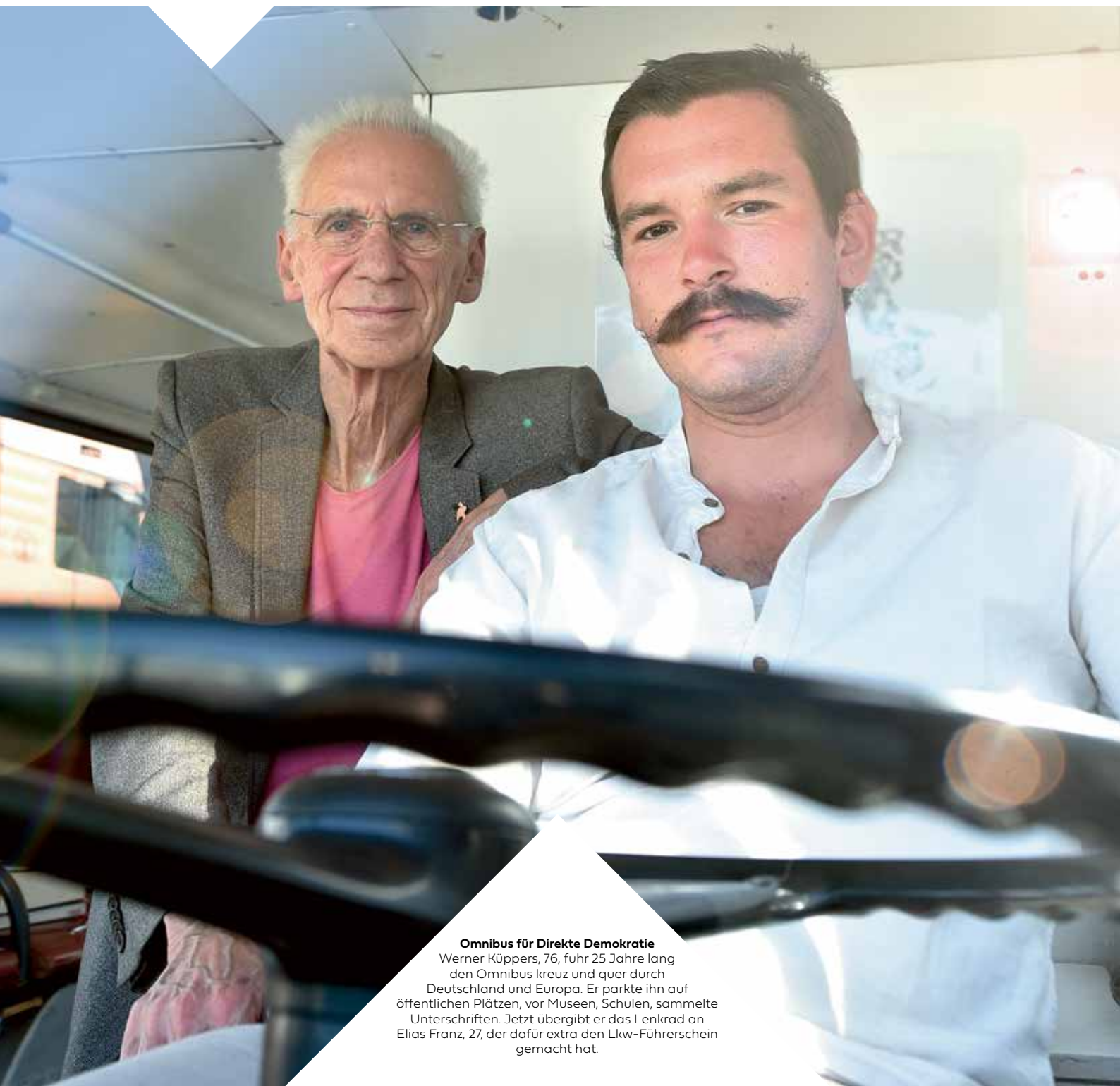


Tag der offenen Gesellschaft

Seit 2017 ermuntert die Initiative Offene Gesellschaft Menschen in ganz Deutschland, an einem Tag im Jahr Tische und Stühle auf die Straße zu stellen und miteinander über Demokratie zu reden. Daraus entstehen auch schon mal Straßenfeste.

Werner Küppers: »Man muss sich Sisyphos, also mich, als glücklichen Menschen vorstellen. Ich lebte ein Vierteljahrhundert in Symbiose mit dem Bus. Plötzlich taucht jemand auf, der übernehmen kann.« Elias Franz: »Ich kannte den Bus, er parkte mal vor meiner Grundschule, als ich in der fünften Klasse war. Später habe ich in an der Alanus Hochschule für Kunst und Gesellschaft studiert, Kunst, Philosophie, besuchte die »Ringgespräche« von Johannes Stüttgen, der hat bei Joseph Beuys studiert, ist Mitgründer des Omnibusses. Irgendwann hieß es: »Omnibus sucht Mitfahrer«. Sofort machte mein Studium Sinn.« W.K.: »Der Omnibus ist eine soziale Plastik im

beuyschen Sinne. Wir parken sehr sichtbar, bauen Tische und Stühle auf, sind offensiv gesprächsbereit, sammeln Unterschriften für Volksentscheide und Volksbegehren. Wir sind das fahrende Volk der Demokratie. Die Touren, die Gespräche, Geschichten, die Enge im Bus, das ist nicht für jeden.« E.F.: »Meine erste Tour ging in den Osten. In Bautzen erzählte mir ein Mann sein Leben. Ich wurde auf einen Schlag mit meinen westlichen Vorurteilen konfrontiert. Es war, als würde ich aufwachen. »Ich möchte mein Leben lang jeden Tag etwas lernen«, habe ich mir mal zum Ziel gesetzt. Das mache ich jetzt. Unterwegs. Im Bus. Und natürlich werde ich ein bisschen was verändern.«



Omnibus für Direkte Demokratie

Werner Küppers, 76, fuhr 25 Jahre lang den Omnibus kreuz und quer durch Deutschland und Europa. Er parkte ihn auf öffentlichen Plätzen, vor Museen, Schulen, sammelte Unterschriften. Jetzt übergibt er das Lenkrad an Elias Franz, 27, der dafür extra den Lkw-Führerschein gemacht hat.

Sprechen & Zuhören

Grit Bümann (links) und Grit Michelmann vor dem Stadthaus in Halle. Die beiden moderieren (einzeln und im Team) bei Mehr Demokratie Sprechen & Zuhören und andere Dialogformate in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.



Grit Michelmann: »Die Magie entsteht in der Resonanz. Wenn ein gestandener 65-Jähriger hinterher sagt, er fühle sich ganz befreit, dann ist das zauberhaft.« Grit Bümann: »Das Spannende: Wir wissen nie, wie aufgeladen die Leute zu einer Veranstaltung kommen und was passiert. Aber wenn ich eins gelernt habe, dann ist es, Vertrauen zu haben: Trust the process.« G. M.: »Wir arbeiten stets mit Partnern zusammen: Sie laden ein, stellen eine Frage, wir moderieren. Wie geht es Ihnen mit der Windkraftanlage, mit dem geplanten Industriegebiet? Wie ging es Ihnen nach der Wende? Es gibt keine Diskussion, keinen klassischen Austausch, keinen Streit. Nur

Sprechen & Zuhören, in mehreren Kleingruppen und Runden.« G. B.: »Die meisten Leute dürfen erst mal lernen, über ihre Gefühle zu reden. Auch nur zuzuhören ist nicht einfach. Darin liegt der Wert: Im Fehlen der Diskussion treffen Polaritäten aufeinander, Geschichten und Realitäten. Statt Harmonie entsteht gegenseitige Präsenz: Gesehenwerden, Gehörtwerden.« G. M.: »»Mich hat noch nie einer gefragt, wie es mir mit irgendwas geht, hat mal eine Frau zu mir gesagt. Eine andere Frau, im Mannsfelder Land, meinte staunend: ›Ich habe in den anderen gesehen, wie es mir geht.‹ Das ist es wohl, was Martin Buber meinte, als er sagte: ›Im Du wird der Mensch zum Ich.««

Die Stunde der Nichtregierung

Vor der Wahl in Sachsen-Anhalt sprachen viele vom »Modell Minderheitsregierung«. Plötzlich galt sie als Heilmittel gegen Instabilität, wenn es keine klaren Mehrheiten gibt. Aber ist Handlungsfähigkeit überhaupt die wichtigste Tugend einer Regierung?

VON KARL-MARTIN HENTSCHEL

Sachsen-Anhalt hat die Minderheitsregierung nicht erfunden. Ohne viel Spektakel sind in den Nachbarländern Thüringen und Sachsen seit zwei Jahren Regierungen am Ruder, die über keine Mehrheit verfügen. Kann das auf Dauer gut gehen? Offenbar sogar sehr gut. Bei Untersuchungen, welche Regierung am besten funktioniert, liegen regelmäßig die skandinavischen Länder auf den vorderen Plätzen. Und dort gibt es eben oft Minderheitsregierungen, die sich für jedes Gesetz aufs Neue eine Mehrheit im Parlament suchen müssen.

Bei Gesetzesvorhaben ist es dort üblich, dass die Regierung mit mehreren Parteien im Vorwege verhandelt und Kompromisse sucht. Der ehemalige Bundesminister Robert Habeck, der heute in Kopenhagen lebt, berichtete in der »taz«, wie sich ein Freund darüber empört habe, als die Parteien der dänischen Regierung nach einer Wahl plötzlich die Mehrheit im Folketing hatten: »Jetzt können die machen, was sie wollen! Wo bleibt denn das Verhandeln, die Konsenskultur, der Ausgleich?« Die Kultur von Minderheitsregierungen be-

deutet nicht permanente Krise, sondern permanente Vermittlungsarbeit. Aber gerade daraus erwächst die Möglichkeit, eine Politik zu machen, die langfristig trägt.

In Sachsen hat die Regierung eine Konsultationsvereinbarung mit dem Landtag geschlossen, nach der sie Gesetze bereits mit den Fraktionen berät, bevor sie sie in den Landtag einbringt. Während in Parlamenten mit Mehrheitsregierung zuweilen mehrere unterschiedliche Gesetze zu einem Paket verschnürt und durchgewinkt werden, ist es in Dänemark üblich, dass Teile eines Gesetzes getrennt mit unterschiedlichen Mehrheiten abgestimmt werden. Dann können die Parteien einzelnen Paragraphen unterschiedlich zustimmen oder sie ablehnen. Das gilt insbesondere bei der Verabschiedung des Haushalts.

Die Kultur des Konsenses wirkt über die parlamentarische Gesetzgebung hinaus. In Schweden und Finnland bestehen die Ministerien nur aus einem kleinen Stab und sind nicht weisungsbefugt gegenüber den Verwaltungsbehörden. Ein schönes Beispiel ist das Schulwesen. Es gibt ein Rahmengesetz, das verabschiedet das Parlament. Es gibt Verordnungen, die macht das Bildungsministerium. Es gibt eine jährliche Evaluation, organisiert vom Schulzentralamt. Dann gibt es die Kommunen: Sie finanzieren und betreiben die Schulen und stellen die Lehrer ein. Und ganz am Ende oder besser, über allem stehen die Schulen selbst, die weitgehend autonom sind. Niemand ist weisungsbefugt. Umgekehrt allerdings sind Rechte einklagbar. Und das alles funktioniert besser als anderswo.

Große Koalition der Nichtregierung

Noch exotischer als der skandinavische Konsens erscheint aus bundesrepublikanischer Sicht das Konkordanzmodell der Schweiz. Der Philosoph Nassim Nicholas Taleb nennt die Schweiz das bestregierte Land der Welt, weil sie keine Regierung habe. Stattdessen gibt es einen Kollegialrat – den Bundesrat –, der überparteilich von allen größeren Parteien nach Proporz gebildet wird. Ein ähnliches Modell galt früher auch in der norddeutschen

»Das stabilste Land der Welt hat keine Regierung. Und es ist nicht stabil, obwohl, sondern weil es keine Regierung hat.«

Nassim Nicholas Taleb, Finanzmathematiker und Philosoph

Magistratsverfassung. Heute existiert das Prinzip des gemeinschaftlichen Handelns nur noch in Hessen und in Bremerhaven. So besteht der Magistrat in Marburg aus vier Dezernenten der SPD, je drei der CDU und der Grünen, je einem von der AfD, Volt, der Klimaliste und der Linken sowie einem Unabhängigen. Das Verfahren

in der Schweiz ist nirgendwo festgeschrieben, sondern eine Übereinkunft – und mittlerweile feste Tradition. Dazu gehört, dass Entscheidungen des Bundesrats im Konsens getroffen und gemeinsam nach außen vertreten werden. Man kann das auch so sehen: Die Regierung ist die Spitze der ausführenden Verwaltung. Sie ist politisch neutral. Sie setzt die Gesetze um – gibt aber keine Richtung vor. Die eigentliche politische Debatte findet im Parlament und in der Öffentlichkeit statt.

Die Konkordanzdemokratie führt auch zu einer grundlegenden Veränderung der Parteien. Sie befreit die Politik, also die Parteien, von den hierzulande üblichen Ritualen. Denn die Parteien stehen nicht unter dem Zwang, eine Regierung bilden zu müssen und dazu Koalitionen einzugehen. Es geht ihnen nicht vorrangig darum, Macht zu organisieren und dafür Kompromisse einzugehen, sondern sie können sich darauf konzentrieren, Ideen zu erarbeiten und für diese um Mehrheiten zu werben.

Die Schwäche der Starken

Viel häufiger als die Schweiz oder Skandinavien werden in der politischen Diskussion allerdings die Staaten als Vorbild genannt, die eine besonders prägnante und starke Exekutive haben: Präsidialsysteme wie Frankreich oder die USA, deren Völker sich vor mehr als 200 Jahren ihre politische Ordnung selbst erkämpft und geschaffen haben. Gerade in Krisensituationen wird bei uns die Vorstellung laut, dass das Land eine starke Persönlichkeit brauche, die sich gegen äußere und innere Widerstände durchzusetzen verstehe; der Kanzler sei zu schwach oder habe zu wenig Macht.

Gegen ein Präsidialsystem spricht allerdings gerade die Machtfülle des direkt gewählten Präsidenten, der dort fast wie ein König auf Zeit agieren kann. Das fördert die Versuchung, dem Populismus nachzugeben. Der Philosoph Jean-Jacques Rousseau nannte ein solches System »Wahlmonarchie«, und Montesquieu, der Vordenker der Gewaltenteilung, warnte: »Eine ewige Erfahrung lehrt, dass jeder Mensch, der Macht hat, dazu getrieben wird, sie zu missbrauchen. Er geht immer weiter, bis er an Grenzen stößt.« Das klingt fast wie eine Vorahnung dessen, was wir heute in Präsidialsystemen wie Russland, der Türkei oder den USA erleben.

Die Machtergreifung Hitlers war nicht etwa Folge der direkten Demokratie oder gar der Vielzahl der Parteien im Parlament, wie oft behauptet wird, sondern im Gegenteil ein Auswuchs des Präsidialsystems. Hitler hatte keine Mehrheit im Parlament. Er wurde von dem direkt gewählten Präsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

Die Präsidialdemokratie hat noch ein weiteres Problem. Wenn sich nämlich das Parlament gegen den Präsidenten stellt, entsteht eine Blockade. Diese lädt populistische Präsidenten erst recht dazu ein, einen offenen Machtkampf gegen das Parlament zu inszenieren.

Lernen von der Schweiz und Schweden

Aber auch unser deutsches parlamentarisches System mit der vom Parlament gewählten Mehrheitsregierung hat einen schwerwiegenden Mangel: Es gibt keine klare Gewaltenteilung. Man sagt, Exekutive und Legislative sind »verschränkt«. Die Parteien, die die Regierung stützen, sind nämlich stets geneigt, brav für alle Vorlagen der Regierung zu stimmen, um sie bloß nicht zu schwächen. Die Opposition wird wenig oder nicht einbezogen. Nach einer gewissen Dauer der Regierung kommen die meisten Gesetzesvorlagen von der Regierung statt aus dem Parlament, das damit seine ureigentliche Aufgabe als Legislative, Gesetzgeberin, aufgibt.

Eine Regierung ist nicht stark, weil sie einen starken Präsidenten hat. Die erfolgreichsten

Staaten haben scheinbar schwache, in Wahrheit auf die Sache konzentrierte, ausgleichende Regierungen. Und gerade das verschafft ihnen den Respekt ihrer Bürgerinnen und Bürger. Kaum ein Schweizer weiß, wer gerade Präsident ist, da dieser jährlich wechselt. Aber bei der Frage »Vertrauen Sie Ihrer Regierung?« liegen die Schweiz und Schweden seit Jahren über 80 Prozent. Von einem solchen Zusammenhalt können wir nur träumen. Aber vielleicht können wir erste Anzeichen dafür feststellen, wenn die Minderheitsregierungen ihre Sache ebenso sachlich und ausgleichend betreiben wie die Konsens- und Konkordanzvorbilder. ■



Karl-Martin Hentschel war vierzehn Jahre lang Landtagsabgeordneter für die Grünen in Schleswig-Holstein und neun Jahre Fraktionsvorsitzender während der Simonis-Regierung. Der Diplommathematiker und Systemprogrammierer ist heute als Publizist tätig. Zuletzt erschien sein Buch »Starke Kommunen – Das Herz der Demokratie schlägt vor Ort«.

nachgefragt



»Die Wahrheit beginnt zu zweit«

Friedemann Schulz von Thun hat sein berufliches Leben der Frage gewidmet, wie Menschen miteinander reden und wie sich ihr Miteinander verbessern lässt. Ein Gespräch über toxische Kommunikation in der Politik, positive Streitkultur und die Kunst des Kompromisses

Interview
Kai Schächtele
Foto
Matze Hielscher

Im Privaten gelingt uns häufig, was im politischen Raum immer schwererfällt: anderen zuhören, Beweggründe verstehen und dabei die eigene Haltung wahren. Der Psychologe Friedemann Schulz von Thun hat sein berufliches Leben der Frage gewidmet, wie Menschen ihre Kommunikation so gestalten, dass sie gelingt – zu zweit, in kleinen Gruppen und großen Organisationen. Seine Bücher sind Standardwerke, er gilt im deutschsprachigen Raum als Kommunikationspapst. Im Gespräch erklärt er den Kern politischer Konflikte und wie man mit ihnen umgehen kann. Damit in der Politik Verständigung gelingt, so Schulz von Thun, müssen Klarheit, Respekt und Konfrontation miteinander verwoben werden. Nur so könne entstehen, was in Zeiten des Umbruchs wichtig sei: eine demokratische Kultur, die den Kompromiss wertschätzt.

Mehr Demokratie: **Sie haben immer für eine Kommunikation geworben, die Verständigung und Verbindung schafft. Wie erleben Sie die Stimmung in unserer Gesellschaft?**

Friedemann Schulz von Thun: Das kommt darauf an, wo ich hinschaue. In Familie und Nachbarschaft erlebe ich viel Offenheit, Wertschätzung, Empathie, Zugewandtheit. Auch in Organisationen und Unternehmen gibt es häufig einen Geist des dialogorientierten Miteinanders. Im politischen Raum dagegen erlebe ich viel Nervosität, Verächtlichkeit und Gehässigkeit. Ähnliches gilt für manche sozialen Medien.

Was empfinden Sie angesichts dieser öffentlich formulierten Gehässigkeit?

Sie macht mich betroffen, denn es steht so viel auf dem Spiel! Dabei wäre es doch herrlich, wenn die demokratischen Stimmen sich dieser Situation als würdig erweisen würden und der notwendige Streit um die beste Lösung dialogorientiert geführt werden könnte. Stattdessen brechen überall Aggression, Kränkung und Kränkbarkeit durch.

Viele Menschen empfinden sich selbst als nicht polarisierend, sondern schreiben das stets den anderen zu. Im unmittelbaren Umfeld sind wir offen und bereit zuzuhören. Im Politischen verschwindet diese Fähigkeit. Woran liegt das?

Der politische Raum ist ein anderer als eine friedliche Zusammenkunft in der Familie. Er ist komplex und anfällig für Feindseligkeiten. Die Dynamik lautet oft: Was dir hoch und heilig ist, schmerzt mich.

Sie haben mit dem Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen das Buch »Die Kunst des Miteinander-Redens« geschrieben. Zunächst waren Sie skeptisch, ob Kommunikationspsychologie im politischen Raum anwendbar ist. Was lag hinter Ihrem Zweifel?

Ich war unsicher, ob unsere Erkenntnisse, die aus privaten und professionellen Zusammenhängen stammen, für die Politik hinreichend relevant sind. Die Zweifel sind nicht ganz unbegründet. Der politische Raum hat besondere Bedingungen. Sobald ich mich öffentlich äußere, habe ich drei Adressatengruppen vor mir. Meine Anhängerschaft, die ich zum Jubeln bringen möchte. Die Wählerinnen und Wähler, die ich gewinnen möchte. Und den politischen Gegner, den ich demoralisieren und schwächen möchte. Das ist eine schwierige Grundsituation. Ich habe deshalb Hochachtung vor Politikern, die sich darauf einlassen. In vielen Situationen möchte ich nicht in ihrer Haut stecken.

Der niederländische Polarisierungsforscher Bart Brandsma meint, dass es Räume braucht, in denen Menschen zunächst erkennen, in welchem konkreten Dilemma sie sich befinden. Erst danach könne eine gemeinsame Lösung entstehen. Wäre das nicht ein gangbarer Ausweg aus solchen politischen Konflikten?

Ja, das ist eine wunderbare Perspektive. Ich möchte das Wort Dilemma aufgreifen. Oft herrscht die Meinung vor, Politik sei dazu da, Probleme zu lösen. Ich widerspreche: Politik ist in 99 Prozent aller Fälle dazu da, Dilemmata zu gestalten. Nennen Sie mir einen politischen Streitpunkt, der kein Dilemma beinhaltet. Der politische Alltag besteht aus Zwickmühlen; ständig müssen Teilnehmer zwischen Optionen wählen, die unerwünschte Nachteile mit sich bringen. Diese Zwangslagen laden zur Polarisierung ein, das ist in ihrem Wesen angelegt. Für die eine Person oder Partei ist der eine Wert hoch und heilig, die andere widerspricht vehement. Nehmen wir die Klimakrise. Die eine Seite sagt: Die Erderwärmung duldet keinen

weiteren Aufschub. Die andere Seite fürchtet, bei einer radikalen Ausrichtung aller Lebensbereiche auf den Klimaschutz könnten Arbeitsplätze und Wohlstand gefährdet werden. Dass hier Welten und Werte aufeinanderprallen, ist zunächst einer Demokratie würdig.

Wo beginnt das Problem?

Wenn die Auseinandersetzung toxisch wird: »Ich bin das Ideal, und du bist der Skandal.« Oder: »Ich bin genial, und du bist fatal.« Dann sonnt sich jede Seite in ihrem Himmel der Rationalität und Werthaftigkeit und verortet die andere im Keller der Verkommenheit, des Versagens, der moralischen Fragwürdigkeit. Der Konflikt findet auf der Beziehungsebene statt. Alle fühlen sich in ihrer Würde angegriffen. So entstehen emotional aufgeheizte Teufelskreise.

Wie lässt sich die Temperatur wieder senken?

Indem ein Dilemmabewusstsein entsteht. Man kann sagen: »Ich trete für A ein. Aber ich sehe, dass du mit B ebenfalls einen wichtigen Punkt hast. Ich sehe auch, dass in meinem Dafürhalten für A Nachteile und Gefahren verborgen sind. Wie können wir A und B so miteinander verbinden, dass eine bessere Lösung entsteht?« Wenn ein solcher Sinn und Geist entsteht, habe ich Hoffnung für den politischen Diskurs und für die Chancen der Demokratie. Dann folgt die Kommunikation dem Motto: Die Wahrheit beginnt zu zweit.

Wichtig dafür wäre die Fähigkeit zuzuhören. Sie haben das Modell der vier Ohren entwickelt, mit denen wir aufnehmen, was jemand sagt. Können Sie Ihr Modell kurz erklären, bitte?

Jede Aussage lässt sich auf vier unterschiedliche Arten verstehen und beantworten. Mit dem Sachohr prüfe ich, ob eine Behauptung faktisch richtig ist. Mit dem Empathie- oder Selbstkundgabeohr höre ich nicht nur den Standpunkt, sondern auch, wovor die andere Person Angst hat, was sie innerlich umtreibt. Mit dem Beziehungsohr nehme ich wahr, was die Aussage über unser Verhältnis aussagt und ob ich mich gewürdigt oder herabgesetzt fühle. Mit dem Appellohr frage ich: Was will der andere? Wenn ich seiner Argumentation folge, was folgt daraus? Wofür soll ich mich einsetzen?

Wovon hängt ab, mit welchem Ohr ich höre?

Von der Situation und Ihrer augenblicklichen Gestimmtheit. Wenn ich schon gereizt bin, höre ich besonders empfindlich mit dem Bezie-

»Politik wird toxisch, wenn sich jede Seite im Himmel der Rationalität verortet und die andere im Keller der Verkommenheit.«

Das Kommunikationsquadrat

NACH FRIEDEMANN SCHULZ VON THUN

Alles, was wir sagen, enthält verschiedene Botschaften, entsprechend unterschiedlich kann es verstanden werden. Das Kommunikationsquadrat sortiert die Vielfalt der Kommunikation anschaulich und alltags-tauglich. Nach Schulz von Thun enthält jede Äußerung vier Botschaften. Die Sachebene vermittelt Daten und Fakten: Worum geht es? Die Selbstkundgabe zeigt, was die sprechende Person von sich erkennen lässt, etwa Gefühle oder Bedürfnisse. Die Beziehungsebene macht deutlich, wie sie ihr Gegenüber sieht und zu ihm steht. Die Appellebene signalisiert, wozu die andere Person veranlasst werden soll. Entsprechend hören wir mit vier Ohren: dem Sach-, Selbstkundgabe-, Beziehungs- und Appellohr. Missverständnisse entstehen, wenn unterschiedliche Seiten betont werden. So kann der Satz »Das Fenster ist offen« eine Information, der Hinweis auf das eigene Frieren, ein Vorwurf oder die Aufforderung zum Schließen sein. Schulz von Thuns grundlegender Ratschlag lautet daher: »Gute Kommunikation prüft immer: Was ist gemeint, und in welchem Ohr kommt es an?«

hungsohr und bin schnell gekränkt. Das Kommunikationsmodell hat aber nicht nur vier Ohren, sondern auch vier Mänder. Wenn ich ein politisches Statement abgebe, stelle ich nicht nur eine Sachbehauptung auf. Ich gebe mich zugleich als Mensch zu erkennen, sende eine Botschaft über die Beziehung und richte einen Appell an andere. Menschen, die mit dem Beziehungsohr hören, fühlen sich durch dieselbe Aussage gewürdigt oder herabgesetzt.

Das ließe sich doch leicht anwenden. Warum geht Kommunikation trotzdem so oft schief?

Jede dieser vier Dimensionen ist mit Zwangslagen verbunden. Nehmen wir die Selbstkundgabe. Einerseits sollen Politiker und Politikerinnen als Menschen erkennbar sein; Authentizität schafft Glaubwürdigkeit und Vertrauen. Andererseits muss bedacht werden, welche Wirkung Worte haben. Was ehrlich aus dem Herzen kommt, kann zur eigenen Reputation beitragen oder ihr schaden. Authentizität steht also in Spannung zu Diplomatie, Reputationspflege und Wirkungsbedachtsamkeit. Wer diesen Herausforderungen gerecht werden will, muss einiges können.

Auf den Psychiater Viktor Frankl geht der Satz zurück: »Zwischen Reiz und Reaktion liegt ein Raum.« Wäre das auch der Raum und die Zeit, in dem wir zwischen den vier Ohren und vier Mändern wählen können?

Ja, das ist im Grunde das Ideal von Kommunikation. Es gilt in der Paarbeziehung genauso wie im politischen und öffentlichen Raum. Aber dieses Ideal will nicht nur erkannt, sondern auch geübt sein.

Wie lässt sich die Kunst der kommunikativen Gelassenheit trainieren?

Indem man Achtung und Ächtung miteinander verbindet. Ächtung bedeutet mutige Konfrontation: »Was du da sagst, widerspricht allen wissenschaftlichen Befunden.« Achtung bedeutet Wertschätzung: »Auch du bemühst dich darum, unser aller Leben verträglich und gut zu gestalten, dennoch wird dir angst und bange, wenn der Klimaschutz überall Priorität hat. Und das sehe ich.« Es geht darum, Verständnis für den Gegenstandspunkt zu entwickeln, die andere Person nicht sofort zu kriminalisieren oder zu dämonisieren. Das bedeutet nicht, mit allem und jedem einverstanden zu sein. Es geht vielmehr darum, Brücken zu schlagen und Grenzen zu setzen – beides gleichzeitig und gleichberechtigt.

»Demokratie ist kein Lieferservice. Sie lebt auch davon, dass wir alle uns an irgendeiner Stelle für ihr Gelingen engagieren.«

Demokratie lebt vom Wettstreit um das bessere Argument. Wie können wir Streit kultivieren?

Es wäre viel gewonnen, wenn Menschen abends noch ein Bier miteinander tranken, sich als Menschen anerkannten, auch wenn politisch Welten aufeinanderprallen. Vielleicht entsteht so Sympathie auf Gebieten, die nicht politischer Art sind. Dann wäre die Beziehung eine andere, und wenn die Beziehung gut ist, wird auch die Kommunikation besser. Das ist eine Wechselbeziehung: Kommunikation macht Beziehungen gut oder schlecht. Beziehungen machen aber auch Kommunikation gut oder schlecht.

Es gibt Politiker, die ihre Zerrissenheit transparent machen und offen über ihr Verständnis für andere Positionen reden. Sie erkennen Widersprüche und Zwangslagen an, gestehen ein, dass es keine perfekte Lösung gibt – und werden dafür mit ordentlich Gegenwind belohnt.

Ja. Ich habe selbst Zweifel, ob das, was ich hier proklamiere, politisch erfolgreich sein kann. Donald Trump ist sicher kein Musterbeispiel für dilemmabewusste Kommunikation. Er wurde Präsident, indem er sich selbst glorifizierte und andere als Versager und Lumpen hinstellte. Solange diese Modelle erfolgreich sind, sehe ich wenig Anlass für Optimismus. Aber noch bin ich nicht so weit zu verzagen.

Viele Menschen haben das Gefühl, belogen worden zu sein. Sie erleben explodierende Mieten oder Zukunftsversprechen, die nicht eingelöst werden. Wie würden Sie dieser Enttäuschung begegnen?

Demokratie ist kein Lieferservice. Demokratie lebt auch davon, dass wir alle uns an irgendeiner Stelle für ihr Gelingen engagieren.

Manche sagen, wir befänden uns nicht nur in einer politischen oder ökologischen Krise, sondern in einem Epochenwechsel. Ein großes Wort, kann es weiterhelfen, oder verbreitert es die Kluft?

Ich glaube, diese Perspektive stimmt, und sie hilft. Nehmen wir die ökologische Krise: Vieles, worauf wir stolz waren und was unser Leben komfortabel gemacht hat, gefährdet den Pla-

neten und droht, uns in den Abgrund zu stürzen. Das muss man erst einmal verdauen. Auch der Pazifismus, der für mich selbstverständlich war, ist erschüttert. Mein Name ist Friedemann. Plötzlich stellt sich heraus, dass wir Waffen und Soldaten einsetzen müssen, um zu verhindern, dass die Ruchlosen die Macht ergreifen. Und drittens war Demokratie für mich immer gegeben. Jetzt steht sie auf der Kippe. Es sind umwälzende Zeiten. Dass da bei allen die Nerven blank liegen, ist überhaupt nicht verwunderlich. Aber diese Zuspitzung zwingt uns auch zur Einigung.

Brauchen wir gerade deshalb eine gesellschaftliche Aufwertung des Kompromisses?

Unbedingt. Ich nenne das eine Regenbogenmentalität. Auch der Regenbogen ist eine Art Kompromiss. Es entsteht etwas Drittes zwischen Regen und Sonnenschein. Der Kompromiss ist ein Treffen in der Mitte: Eine Seite hat auf ihre Weise recht und die andere ebenfalls. Der Kompromiss ist die einzige Chance, mit Widersprüchen umzugehen. Aber wenn Politiker Kompromisse erzielen, werden sie kurz gelobt, danach werden schnell wieder die alte Fragen diskutiert: Wer hat gewonnen und wer verloren? Als wäre Politik eine Sportveranstaltung, bei der ein Sieger ermittelt werden müsste.

Bedeutet das, auch die Medien sind aufgefordert, sich weiterzuentwickeln?

Ja. Zugleich steht der Journalismus angesichts von künstlicher Intelligenz und sozialen Medien selbst vor einer Zeitenwende. Bevor wir Veränderungsnotwendigkeiten proklamieren, müssen wir anerkennen, dass auch die Medien in Dilemmata stecken. Eine differenzierte, dilemmabewusste Erörterung lässt sich schwer als verkaufsträchtiger Aufmacher gestalten. Der nächste Skandal garantiert dagegen Aufmerksamkeit. Und Aufmerksamkeit ist die Währung unserer Zeit. Wer sich dem entgegenstellen will, braucht Kraft und Durchhaltevermögen.

Ist vielleicht am Ende die menschliche Psyche selbst das Problem und nicht nur das, was von außen auf uns einwirkt?

Die aktuelle Situation erfordert eine Reife, die wir als Menschheit vielleicht noch nicht erreicht haben. Wir sind ein Zwischenwesen. Wir waren einmal ein Raubtier und entwickeln uns vielleicht zu einem hochintelligenten und ethisch achtbaren Geschöpf. Aktuell entsteht aus unserem Raubtiererbe immer wieder un-

heilvolle Dynamik, die ein gelingendes demokratisches Miteinander erschwert. Auf dem Weg zu einem höheren Geschöpf sind wir noch nicht am Ziel. Ich merke das an mir selbst. Ich klicke auf das, worin ich einen Aufreger oder einen Skandal wittere. Die sachliche Analyse hat es viel schwerer.

Kann es ein erster Schritt sein, die Fehlbarkeit der menschlichen Psyche anzuerkennen, sich dafür nicht zu schämen und andere ebenso wenig wie sich selbst zu verurteilen?

Das ist mir aus dem Herzen gesprochen.

Trotz Ihrer Zweifel erleben wir Sie als hoffnungsfrohen und energetischen Menschen. Woraus schöpfen Sie Hoffnung?

Daraus, dass sich, verglichen mit der Zeit, in der ich geboren wurde, vieles zum Guten entwickelt hat. Nehmen Sie allein unsere Verfassung. Sie ist eine enorme Errungenschaft. Oder dass Frauen die politische und gesellschaftliche Bühne betreten haben, maßgeblich mitwirken, in der Politik ebenso wie in der Wirtschaft. Diese Entwicklung wird von einer Mehrheit gewürdigt und notfalls verteidigt. Ich denke, dass die demokratische und menschliche Reife seit dem Zweiten Weltkrieg so weit fortgeschritten ist, dass die Art, Demokratie miteinander zu gestalten und sie dann auch zu leben, noch eine große Chance hat.



Friedemann Schulz von Thun, 82, zählt zu den wichtigsten Kommunikationspsychologen im deutschsprachigen Raum. Von 1976 bis 2009 war er Professor für Pädagogische Psychologie an der Universität Hamburg und setzte dort neue Maßstäbe in Forschung und Lehre. Seit 1971 konzipiert und moderiert er Kommunikationstrainings: zunächst mit Lehrkräften und Führungskräften, später mit Angehörigen aller Berufsgruppen. Als Bestsellerautor, insbesondere mit der Reihe »Miteinander reden«, machte er wissenschaftliche Erkenntnisse alltagstauglich. Seine Modelle prägen Kommunikationstrainings bis heute.

Eine Stimme für die stumme Kreatur

Der Einsatz für das Tierwohl ist ein moralisches Gebot. Aber wirklich anhaltend kann der Schutz der Natur nur wirken, wenn er ein juristisches Fundament bekommt. Dazu gehört die politische Vertretung der Lebewesen

VON GABRIEL BAUNACH & ROMAN HUBER

22. April, es ist der Tag der Erde. Vor der Insel Poel liegt ein Buckelwal, kann sich im flachen Wasser der Ostsee nicht bewegen, kämpft um sein Leben. Sein Schicksal bewegt das ganze Land. Zugleich läuft in diesem Land eine andere Wirklichkeit weiter – ohne Liveblogs oder Schlagzeilen auf den Titelseiten: Hunderte Millionen Schweine, Hühner und Rinder sind eingepfercht in enge Ställe, zwei Millionen von ihnen werden jeden Tag geschlachtet. Und weltweit sind wir Menschen dabei, ein globales Massenaussterben der Tierarten zu verursachen. Das letzte fand vor 66 Millionen Jahren statt und löschte die Dinosaurier aus.

Den sterbenden Wal hat die Presse »Timmy« getauft. Wenn Tiere zu Individuen werden, empfinden Menschen Mitgefühl und übertrumpfen sich in Hilfsbereitschaft. Die Verbindung zum Mitgeschöpf ist stark. Aber die Unterstützung gilt einzelnen Lebewesen, ist immer eine Gnade – und nichts, auf das die Tiere einen Anspruch hätten.

Hier passt etwas nicht zusammen. Es geht um Moral, aber vor allem um das Fundament unseres Wert- und Rechtssystems. Dort kommen Tiere und andere Lebewesen durchaus vor – als Bestand, Ressource,

Schutzgut oder Eigentumsobjekt. Aber sie sind keine eigenen Rechtssubjekte. Das heißt: Sie sind nicht Träger eigener Rechte und Ansprüche so wie wir Menschen.

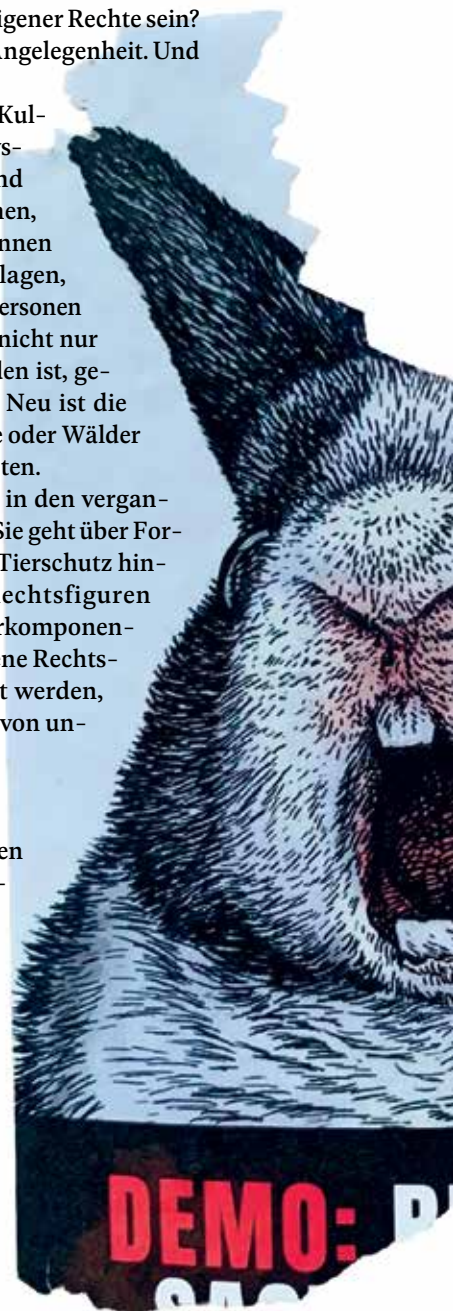
An dieser Stelle beginnt die Frage, die über den Tierschutz hinausweist: Wer oder was kann in einer modernen Rechtsordnung Träger eigener Rechte sein? Das ist eine verfassungsrechtliche Angelegenheit. Und eine historische.

Fremd ist diese Frage unserer Kultur nicht. Die europäischen Rechtssysteme kennen nichtmenschliche und abstrakte Rechtsträger: Unternehmen, Vereine, Stiftungen oder Kirchen können beispielsweise Eigentum halten, klagen, verklagt werden und als juristische Personen handeln. Der Gedanke, dass Recht nicht nur an menschliche Individuen gebunden ist, gehört also zum juristischen Alltag. Neu ist die Vorstellung, dass auch Tiere, Flüsse oder Wälder einen solchen Status erhalten könnten.

Die Debatte darüber hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verschoben. Sie geht über Forderungen nach einem effektiveren Tierschutz hinaus. Weltweit werden neue Rechtsfiguren entwickelt, in denen einzelne Naturkomponenten oder ganze Ökosysteme als eigene Rechtssubjekte aufgefasst und behandelt werden, statt ihnen nur einen Schutzstatus von unsicherer Dauer zu gewähren.

Vernunft und Verletzlichkeit

Das Rechtsdenken moderner Staaten beruht seit der Antike auf einer unausgesprochenen Grundhaltung: Der Mensch ist das Maß aller Dinge. Alles andere, auch Tiere und die Natur, erscheint als Objekt. Begründet wird das klassisch mit der Vernunftfähigkeit des Menschen, seiner Autonomie, moralischen Verantwortlichkeit und der Fähigkeit, Rechte und Pflichten zu verstehen. Das klingt logisch. Aber die meisten Verfassungen billigen



auch dem Säugling, dem kognitiv beeinträchtigten Menschen oder dem dauerhaft Bewusstlosen Grundrechte zu – also Personen, bei denen nicht Vernunft und Autonomie im Vordergrund stehen, sondern Verletzlichkeit.

Empfindungsfähige Tiere sind in hohem Maße verletzlich. Sie können leiden, Stress erfahren, Bedürfnisse haben und verfügen über – je nach Spezies unterschiedlich ausgeprägte – soziale und kognitive Fähigkeiten. Trotzdem endet die Grenze des Rechts bislang beim Menschen. Diese Grenze ist nicht naturgegeben, sie ist eine Setzung – also eine normative Festlegung.

Von klagenden Bäumen bis zur Pacha Mama

An dieser Grenze rüttelte 1972 der amerikanische Rechtswissenschaftler Christopher D. Stone. In seinem Aufsatz »Should Trees Have Standing?« stellte er zur Debatte, ob nicht auch Bäume, Flüsse oder andere Natur-»Objekte« klagebefugt sein sollten. Stone ermöglichte einen Perspektivwechsel: Vielleicht ist es keine Selbstverständlichkeit, dass nur Menschen Rechte tragen.

Der US-amerikanische Ökotheologe Thomas Berry führte diesen Gedanken fort. In seinen Schriften erscheint die Erde als Gemeinschaft von Subjekten. Das Recht soll sich vom Herrschaftsinstrument über die Natur zu einer Ordnung der großen Lebensgemeinschaft wandeln.

Diese Verschiebung hat der französische Soziologe und Philosoph Bruno Latour im »Parlament der Dinge« demokratiethoretisch zugespitzt. Bei ihm bevölkern nicht nur Menschen die politische Welt; auch Tiere, Stoffe, Landschaften und technische Systeme sind an ihr beteiligt.

Das harmoniert mit nichtwestlichen Weltanschauungen. Ecuador ist ein Pionier der globalen Naturrecht-Debatte. Seit 2008 ist dort in der Verfassung von Pacha Mama die Rede – der Personifizierung von Natur als jener Sphäre, »wo Leben sich reproduziert und geschieht«.

Pacha Mama hat ein Recht auf Achtung ihrer Existenz sowie auf Erhaltung und Regeneration ihrer Lebenszyklen. Diese Rechte können Einzelpersonen und Gemeinschaften stellvertretend einklagen. Das zeigt ein Weltverständnis, in dem gutes Leben innerhalb wechselseitiger Beziehungen gedacht wird.

Dieses Verständnis dringt langsam nach Europa vor. In Den Haag, dem Sitz des Internationalen Gerichtshofs, engagiert sich das Projekt »Embassy of the North Sea« seit Jahren dafür, die Nordsee als politischen Akteur zu etablieren. In der spanischen Provinz Murcia wurde 2022 dem Mar Menor der Status als

Rechtsperson zuerkannt. Das Gesetz gewährt der schwer geschädigten Lagune eigene Rechte und wurde 2024 vom spanischen Verfassungsgericht bestätigt. Das Mar Menor ist der erste Beleg dafür, dass Rechte der Natur auch innerhalb europäischer Rechtsordnungen Wirklichkeit werden können.

Demokratie der Lebewesen

Knifflig wird es allerdings, wenn es um die Umsetzung geht. Wie sollen die Rechte von Flüssen und Tieren praktisch vertreten und durchgesetzt werden? Wie sähe ein »Parlament der Lebewesen« aus?

Im Berliner Stadtteil Wedding gibt es schon eins, es tagt seit 2019 ein- bis zweimal jährlich. Insgesamt fünfzehn Menschen vertreten jeweils eine ihnen aus 400 Spezies zugewiesene Tier- oder Pflanzenart, um das Leben auf einer Grünfläche zu organisieren. Ein Versuch im Miniaturmaßstab. Könnte er im Großen als Vorbild dienen?

Um Orientierungspunkte in diesem juristischen Neuland zu setzen, nehmen wir als Vertreter von Mehr Demokratie seit Oktober 2025 an dem Projekt »Animals in Democracy« teil. Mit dem Verein Animal Society beginnen wir, Richtlinien und Prinzipien für eine ethische und effektive institutionelle Repräsentation von Tieren in unseren politischen Prozessen zu erarbeiten.

Was folgt daraus für den Buckelwal »Timmy« und die namenlosen Tiere, die in Deutschland unter unwürdigen, leidvollen Umständen auf ihre Schlachtung warten? Zunächst dies: Der Kampf für Tierschutz weitet sich zu einer Debatte über die Rechte der Natur, die Rechte der nichtmenschlichen Lebewesen. Wichtig ist die Einsicht, dass die anthropozentrische Ordnung unseres modernen Rechts nicht alternativlos ist. Wichtig ist auch die Frage, ob wir in Demokratien an der alttestamentlichen Vorstellung festhalten wollen, dass alle anderen Lebewesen und Ökosysteme allein dafür existieren, dem Menschen zu dienen.

Wer keine Stimme hat und nicht klagen kann, wird auch nicht geschützt. Solange sich grundlegend nichts ändert, wird die Natur in unseren politischen und ökonomischen Ordnungen weiterhin den Kürzeren ziehen – und letztlich auch wir selbst als ihr Teil. Höchste Zeit, neue Türen aufzustoßen und unsere Demokratien und Rechtssysteme über den Menschenfokus hinaus zu erweitern. ■

Gabriel Baunach ist in seiner Mission als »Klimakommunikator« mit Podcasts, Vorträgen und als Autor des Buchs »Hoch die Hände, Klimawende!« unterwegs. Der gelernte Maschinenbauer absolvierte ein Praktikum im Klimasekretariat der Vereinten Nationen.

Roman Huber ist Bundesvorstand und Geschäftsführer von Mehr Demokratie. Er lebt in der Zukunftswerkstatt Schloss Tempelhof, die er 2010 mitgegründet hat.

Turbogesetzgebung

Regierung und Ministerien peitschen Gesetze in zu kurzer Zeit durch die Gremien. Parlamentarische Kontrolle und Transparenz schwinden. Flache, hysterisch geführte Debatten nehmen zu, ebenso wie Irritation und Misstrauen

180 Tage

dauert ein Gesetzesvorhaben durchschnittlich – von der Idee bis zur Verabschiedung durch Bundestag und Bundesrat. Der tatsächliche Zeitraum variiert erheblich, je nach Druck, Komplexität und Vorgehen. Die aktuelle Rentenreform zum Beispiel, erarbeitet von einer 13-köpfigen Kommission, könnte im Durchschnitt liegen. Das vorige »kleine Rentenpaket« brauchte anderthalb Jahre bis zu seiner Verabschiedung im Januar 2026.

102 Seiten

inklusive Begründung umfasste ein Änderungsantrag, der im Juni 2023 im Ausschuss für Klimaschutz und Energie eingebracht und einen Tag später beschlossen wurde. In 64 % der untersuchten Fälle sind Änderungsanträge der Koalition erst 2 Tage vor dem finalen Beschluss allen Ausschussmitgliedern bekannt.*

72 Stunden

brauchten Finanzministerium, Bundestag und Bundesrat im Oktober 2008, um das Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarkts zu formulieren und zu verabschieden. So wurde der Bankenrettungsfonds SoFFin geschaffen und mit 500 Milliarden Euro ausgestattet.

34,3 Prozent

von 170 zwischen November 2021 und Juli 2023 beschlossenen Gesetzen passierten innerhalb einer Woche die öffentliche Anhörung (inklusive Information von Medien und ...**

2 Tage

brauchten 87 % aller untersuchten Gesetze von der Ausschussempfehlung bis zum Beschluss im Plenum. 60 % schafften es sogar in einem Tag.

24 Stunden

war die Frist, die das Bundeskanzleramt im Juli 2023 Verbänden setzte, um ...***

Intransparenz

Es gibt nahezu keine Daten über den Einfluss von Verbänden und Lobbyisten auf die ministerielle Gesetzesvorbereitung. Deren Stellungnahmen werden nicht veröffentlicht, geschweige denn Textstellen von Gesetzen markiert, die von außen formuliert wurden. Das federführende Ministerium soll lediglich anzeigen, wenn bei einem Gesetz eine »wesentliche Einflussnahme« durch Dritte stattgefunden hat. Wie diese »wesentliche Einflussnahme« definiert und gemessen wird, ist nicht bekannt. Wer wann wo wie viel und wodurch Einfluss auf ein Gesetzesvorhaben genommen hat, ist weiterhin intransparent. Es fehlt nach wie vor ein systematischer und transparenter exekutiver Fußabdruck.

Deshalb fordern wir:

1. Frühzeitige Einbindung aller Fraktionen

Stärkere und frühere, formelle Beteiligung des Parlaments, insbesondere bei weitreichenden Gesetzen

2. Digitalisierung der Gesetzgebung

Aufbau einer durchgängigen digitalen Infrastruktur für mehr Transparenz und effizientere Zusammenarbeit zwischen Ministerien, Parlament und Öffentlichkeit

3. Partizipative Gesetzgebung

Frühzeitige, rechtlich verankerte Möglichkeit für Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, aktiv am Gesetzgebungsprozess mitzuwirken

4. Einführung eines Transparenzgesetzes

Gesetzlich garantierter Zugang zu relevanten Informationen, Gutachten und Stellungnahmen, ergänzt durch ein erweitertes Lobbyregister

5. Direktdemokratische Beteiligung

Instrumente wie Volksgesetzgebung und fakultative Referenden (Volkseinsprüche), um die direkte Einflussnahme zu ermöglichen

Unsere Ziele: den Bundestag als aktiven Gestalter stärken, den Prozess transparenter machen, Mitwirkung der Bürger erweitern und so die repräsentative Demokratie festigen

** ... Zivilgesellschaft), Beschlussempfehlung im Ausschuss und die Schlussabstimmung im Plenum.

*** ... Stellungnahmen zum 88-seitigen Entwurf der Änderung des BND-Gesetzes einzureichen. Für die Beteiligung von Ministerien sind laut Geschäftsordnung mindestens vier Wochen vorgesehen, also 20 Arbeitstage. Für die Verbände- und Bürgerbeteiligung werden diese Zeiten von nahezu allen Ministerien unterschritten – teilweise massiv.

* Dieser Aufstellung liegen unsere Studien zugrunde, in denen wir die Prozessdauer gesetzgebender Verfahren zwischen 2019 und 2023 sowie die Verbände- und Bürgerbeteiligung durch die Ministerien von 2017 bis 2023 untersucht haben. Ausführlich unter mehrdemokratie.de

kopföffner

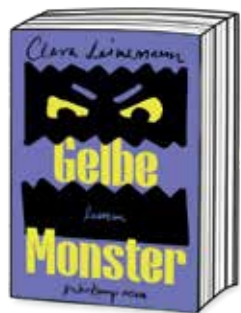
Matze Hielscher lädt jede Woche interessante Menschen in seinen Podcast **Hotel Matze** ein, um herauszufinden, »wie die so ticken«. Hier empfiehlt er einen Film und zwei Bücher, die ihn zuletzt auf neue Gedanken gebracht haben



Ich sehe

The Invite von Olivia Wilde

Ende August bin ich zufällig mit einem Kumpel in München ins Kino gegangen, wusste nichts über den Film – er hat mich total umgehauen. Was für ein schönes, lustiges, tiefgründiges Kammerspiel! Das Ensemble ist sensationell, Olivia Wilde führt Regie, sie spielt auch mit. Herausragend fand ich Edward Norton, der auf eine geile Art zurückhaltend spielt, man denkt die ganze Zeit: Wann kommt er aus der Deckung? Ich fand hinterher heraus, dass Norton seine entscheidende Szene komplett improvisierte, das hat für mich den ganzen Film gedreht. Ach ja, die Handlung: Es geht um Sex und Partnertausch. Mein Tipp: den Film mit dem Partner oder der Partnerin anschauen. Wenn einem irgendwann das Lachen vergeht, ist das eine gute Messnadel, wie es um die eigene Beziehung steht.



Ich lese

Gelbe Monster von Clara Leinemann
Meine Redakteurin hat mir das Buch empfohlen. Als ich das Cover sah, dachte ich erst, es geht um die FDP. Okay, im Ernst, das Thema ist weibliche Wut, und das war das Einzige, was ich wusste, als ich anfang zu lesen. Ich gebe jedem neuen Buch eine halbe Stunde – wenn ich nach fünfzehn Minuten aufs Handy schaue, weiß ich: Ich muss nicht weiterlesen. Hier aber habe ich nicht aufgehört. Der Schreibstil hat mich förmlich reingesogen und die Frage: Was ist dieser Charlie eigentlich passiert, dass sie derartige Ausbrüche durchlebt? »Gelbe Monster« hat mich total fasziniert. Für mich bis jetzt das Buch des Jahres.

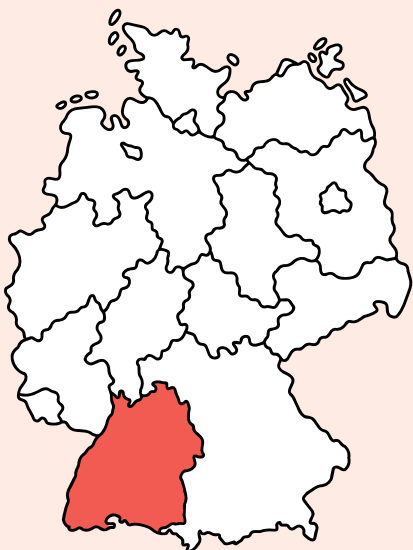


Ich lese

Misstrauensgemeinschaften von Aladin El-Mafaalani

Ich suche fortwährend nach Erklärungen dafür, warum Dinge so sind, wie sie sind. Viele politische Bündnisse der Gegenwart lassen sich mit den alten Links-rechts-Kategorien nicht mehr erklären. Warum marschieren plötzlich Menschen nebeneinander, die aus völlig unterschiedlichen Lagern kommen? El-Mafaalani bietet eine Erklärung, die mich enorm bereichert hat: Misstrauen kann erheblich stärker verbinden als Vertrauen. Wer »denen da oben« misstraut, fühlt sich verbunden mit anderen, die ebenso keinem mehr etwas abnehmen. Diese Menschen kommen zusammen, weil sie misstrauen. Was ich an dem Buch besonders mag: Es hat etwas Rohes, Unfertiges, tut nicht so, als wäre die Debatte abgeschlossen. Es gibt keinen Appell wie bei anderen Sachbüchern, im Sinne von »Was jetzt passieren muss«. El-Mafaalani stellt seine These vor, begründet sie, legt dann die Karten auf den Tisch, schiebt sie mir rüber und eröffnet das Gespräch mit mir, dem Leser. Das finde ich wirklich toll – und im Sinne dessen, was Mehr Demokratie macht, auch sehr zeitgemäß.





Baden-Württemberg

Volksbegehren gegen Demokratieabbau

Die von den Grünen geführte neue baden-württembergische Landesregierung setzt die demokratische Beteiligung unter Beschuss. Der Koalitionsvertrag mit der CDU sieht vor, die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden erheblich einzuschränken oder ganz auszuschalten. Die Zahl der für ein Bürgerbegehren notwendigen Unterstützungsunterschriften soll erhöht, die Schwelle zu einer rechtlichen Gültigkeit vieler Bürgerentscheide durch schwer zu erzielende Abstimmungsquoten erhöht werden. Bürgerbegehren, die ein Bauprojekt im Zuge der Bauleitplanung betreffen, sollen durch die Gemeindeverwaltungen sogar ganz ausgehebelt werden können. Eine Berechnung ergibt: Hätten die Vorgaben, die die grün-schwarze Landesregierung mit ihrem Angriff auf die demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten plant, schon in den vergangenen Jahren gegolten, wären 39 Prozent aller erfolgreichen Bürgerentscheide nicht möglich oder ungültig gewesen (im Detail dargestellt ist dies unter: www.buendnis-mitentscheiden.de).

☞ Auf Initiative des Landesvorsandsprechers von Mehr Demokratie, Edgar Wunder, hat sich inzwischen ein breites »Bündnis Mitentscheiden« gegründet, das gegen diesen geplanten Demokratieabbau mobilisiert. Dem Bündnis gehören

Neues aus den Landesverbänden

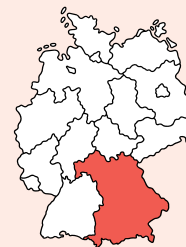
Mit Terminen vor Ort

inzwischen 48 über ganz Baden-Württemberg verteilte lokale Bürgerinitiativen an, dazu kommen überregionale zivilgesellschaftliche Organisationen und Oppositionsparteien. Grundkonsens des Bündnisses: Die von der Landesregierung geplanten Einschränkungen müssen verhindert werden. Um echte Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg auf Dauer zu gewährleisten, soll durch ein Gesetz ein wesentlicher Ausbau der Rechte zum demokratischen Mitentscheiden festgeschrieben werden. Inzwischen hat das Bündnis den ausgearbeiteten Entwurf dieses Gesetzes zur Diskussion vorgelegt. Es soll durch ein Volksbegehren eingebracht und dann durch eine landesweite Volksabstimmung in Kraft gesetzt werden. ☞ »Gehört werden reicht nicht, wir wollen mitentscheiden!«, lautet das Motto des Bündnisses. Es wendet sich insbesondere gegen die Versuche der grün-schwarzen Landesregierung, errungene demokratische Rechte zu streichen und durch eine unverbindliche »Bürgerbeteiligung« zu ersetzen. Denn im Koalitionsvertrag steht, dass zu Fragen der Bauleitplanung kein Bürgerentscheid mehr durchgeführt werden darf, wenn die Gemeinde irgendeine Form von »Bürgerbeteiligung« durchführt. »Das wäre eine Prämie auf bloße Alibi-Veranstaltungen, deren Hauptziel es ist, einen echten Bürgerentscheid zu verhindern. Damit sollen Projekte einfach durchgeboxt werden«, sagt Edgar Wunder. ☞ Aber auch für ein Volksbegehren liegen die Hürden hoch. Damit die Initiative des Bündnisses wirklich Erfolg hat, wollen die Organisatoren nichts übers Knie brechen. Die Unterschriftensammlungen für das Volksbegehren werden nach gründlicher

Vorbereitung erst im Kalenderjahr 2027 beginnen. Der Gesetzentwurf muss hieb- und stichfest sein und Aussicht auf eine breite Zustimmung haben. Deshalb werden im Land mehrere öffentliche Anhörungen zu dem Entwurf des Bündnisses durchgeführt. Der Landesverband Baden-Württemberg von Mehr Demokratie wird durch einen Beschluss der Landesmitgliederversammlung voraussichtlich am 10. Oktober dem Bündnis als unterstützende Organisation beitreten. Auch aus anderen Bundesländern ist Unterstützung willkommen. Dazu führt Mehr Demokratie für Mitglieder aus ganz Deutschland eine Online-Videokonferenz durch, bei der wir über die Hintergründe informieren und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen.

Edgar Wunder

Termin Online-Videokonferenz zum geplanten Volksbegehren am 28. Oktober, 19 Uhr. Ein Zugangslink kann angefordert werden durch eine Mail an: edgar.wunder@mitentscheiden.de



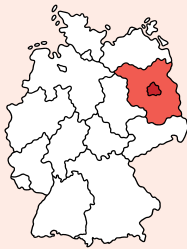
Bayern

Ausweitung in die Regionen

Der Landesverband Bayern engagiert sich derzeit gezielt für die Stärkung der Präsenz von Mehr Demokratie in den Regionen Bayerns. ☞ Ein neuer Aktionskreis ist in Nürnberg entstanden. ☞ Im ganzen Land konnten wir viele Veranstaltungen

des Formats Sprechen & Zuhören durchführen. ☞ Eine Führung durch den Bayerischen Landtag diene nicht nur zum Gespräch mit Abgeordneten, sondern auch dem gegenseitigen Kennenlernen vieler Mitglieder aus ganz Bayern. ☞ Bei der »Langen Nacht der Demokratie« am 2. Oktober sind wir unter anderem in Moosburg, Traunstein, Planegg, Neufahrn bei Freising, Ingolstadt, Fürstentfeldbruck, Friedberg und Nürnberg vertreten. ☞ Unsere Angebote sind ganz unterschiedlich. In Regensburg konnten wir zwei Tage lang mit Bürgerinnen und Bürgern an einem Infostand diskutieren. Neben Sprechen-&-Zuhören-Veranstaltungen organisieren wir Angebote wie Demokratiefitness und Pubquiz-Abende.

Termine Ralf-Uwe Beck stellt sein Buch »Souverän« am 27. Oktober in Nürnberg vor ☞ Mitgliederversammlung des Landesverbands am 7. November in Ingolstadt

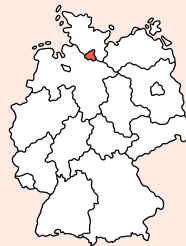


Berlin/Brandenburg

20 Jahre direkte Demokratie

Am 17. September 2006 wurde in Berlin die direkte Demokratie per Volksabstimmung eingeführt. Der Rest ist Geschichte. Rekommunalisierung, Tempelhofer Feld, Baumentscheid ... Mit insgesamt 60 Volksinitiativen und Volksbegehren hat die Stadtgesellschaft Einfluss auf die Politik genommen. Dieses Jubiläum haben wir mit vielen Gästen aus Politik und Zivilgesellschaft gefeiert. ☞ Festgestellt haben wir aber auch, dass die direkte Demokratie etwas in die Jahre gekommen ist. Sie braucht ein Update. Im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl haben wir unsere Ideen deutlich gemacht. Wir fordern unter anderem die Einführung von Referenden als neues Instrument und die Möglichkeit, Volksbegehren auch digital zu unterstützen. So kann Bürokratie abgebaut werden, ohne

Bürgerrechte einzuschränken. Und das Berliner Informationsfreiheitsgesetz sollte ohne unnötige Ausnahmen endlich zu einem Transparenzgesetz ausgebaut werden. ☞ Wie die Chancen für die Umsetzung stehen, wird sich erweisen, wenn die neue Regierung ihre Arbeit aufnimmt. Wichtig bleibt immer: Auch wenn die Wahl und damit die Diskussionen auf den Straßen hinter uns liegen, unser Druck von unten darf nicht nachlassen.



Hamburg

Hitze Nachhaltigkeitswoche

Bei der jährlichen Hamburg Sustainability Week haben wir dreimal Sprechen & Zuhören angeboten – ausgerechnet in der heißesten Woche dieses Sommers in Hamburg. Froh waren wir um die kühlen Räume im MARKK-Museum, herausfordernd waren die zwei S&Z vor dem Rathaus in nachmittäglicher Hitze. Doch die Interessierten haben sich nicht abschrecken lassen, sondern brachten ihre Sonnenschirme mit. Kaum waren wir mit S&Z fertig, fegte ein ordentlicher Starkregen den Rathausmarkt leer. ☞ Das Lobbyranking 2026 von Transparency Deutschland hat gezeigt, wie nachlässig die meisten Bundesländer die Lobbyisten in ihren Parlamenten kontrollieren. Hamburg hat sich gebessert, indem es einen Teil unserer Forderungen aus dem Jahr 2023 in ein Gesetz gegossen hat. Für Transparency ist das zu halbherzig. Mit der Erfüllung von gerade einmal der Hälfte der Anforderungen für gute Lobbyismustransparenz und -kontrolle kam Hamburg auf den dritten Rang im Ranking. Besonders paradox: Der Stadtstaat fordert mehr Transparenz der Finanzierung von Volksinitiativen, aber gar keine Angaben zur Finanzierung der Lobbyisten. Das muss sich ändern.



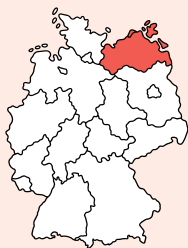
Hessen

300 Löwinnen und Löwen gesucht!

Unser Volksbegehren »Löwenstarke Demokratie Hessen« nimmt Fahrt auf. Im Mittelpunkt steht der Ausbau der kommunalen Mitbestimmung: niedrigere Hürden und bürgerfreundlichere Regelungen für Bürgerbegehren; Kostendeckungsvorschlag abschaffen – und, endlich auch in Hessen: Bürgerbegehren auf Landkreisebene. Unseren Gesetzentwurf konnten wir auf Grundlage der zahlreichen Rückmeldungen erfolgreich weiterentwickeln. Dabei hat uns vor allem der Beteiligungsprozess auf CONSUL Democracy im April und Mai einen großen Schritt vorangebracht. ☞ Und jetzt brauchen wir euch. Aktuell laufen die Vorbereitungen für die erste Stufe des Volksbegehrens. Wir wollen, dass Menschen in Hessens Gemeinden und Landkreisen wirklich mitentscheiden können. Dafür müssen wir 50.000 Unterschriften sammeln, von März bis August 2027. ☞ Deshalb suchen wir 300 Löwinnen und Löwen, die ab März 2027 mit uns auf die Straße gehen. Ihr müsst dafür nichts mitbringen außer eurer Zeit. Kein Vorwissen, keine Erfahrung nötig. Im Januar und Februar 2027 laden wir zu Präsenz-Kick-offs ein – dort erfahrt ihr alles, was ihr braucht. Und natürlich bekommt ihr Unterschriftenformulare, Infomaterial und ein T-Shirt. ☞ Fragen? Mit unserem Newsletter bleibt ihr auf dem Laufenden, mit vielen Hintergründen und Antworten auf die häufigsten Fragen. Anmelden auf der Volksbegehren-Website.

Termin Jetzt registrieren als Löwin oder Löwe auf: volksbegehren-hessen.de





Mecklenburg-Vorpommern Experimentierklausel für Wahlen

Im Juni und Juli beschloss der Landtag zwei Reformen: Ab 1. Januar 2027 können öffentliche Petitionen eingereicht werden, die ein öffentliches Anhörungsverfahren ermöglichen. Ab 2029 erlaubt eine Experimentierklausel den Kommunen, neue Instrumente für attraktivere Wahlen zu testen. Die Klausel wurde 2018 von Mehr Demokratie eingebracht – per öffentlicher Petition. ⚡ Vor der Landtagswahl berieten die Landtagsfraktionen über die Absicherung demokratischer Institutionen bei einer AfD-Sperrminorität. Nachdem die CDU die Gespräche abgebrochen hatte, forderten Mehr Demokratie und andere Verbände, letztlich erfolglos, in einem offenen Brief die Wiederaufnahme der Gespräche. ⚡ Im Frühjahr veranstaltete das Projekt »Bürgerräte für MV« die Online-Seminarreihe »Dialog statt Polarisierung«. Referierende aus der Kommunalpolitik stellten konkrete Beispiele und Teilnehmungsformate vor. Mehr Demokratie unterstützte die Organisation und Bewerbung. ⚡ Mehr Demokratie nahm an einem Fachgespräch zur Zukunft von Bürgerräten teil und organisierte »Sprechen & Zuhören« zur Landtagswahl, unter anderem mit dem Verein Kubus in Rosstock und der Volkshochschule Schwerin.



Nordrhein-Westfalen Schulwettbewerb zur Wahl

Im Landesverband laufen die Vorbereitungen für den Schulwettbewerb anlässlich der Landtagswahl im April 2027 auf

Hochtouren. Rund fünfzig Schulen aus dem ganzen Land werden daran teilnehmen. Erstmals findet der von uns initiierte Wettbewerb in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem nordrhein-westfälischen Schulministerium statt. ⚡ Mit unserer Partnerorganisation Democracy International haben wir zwei fünftägige Demokratie-Camps für Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland und Bulgarien durchgeführt. Gut sechzig junge Menschen aus zehn europäischen Länderdelegationen nahmen teil. ⚡ Bei der Landesmitgliederversammlung wird es schwerpunktmäßig um die direkte Demokratie in NRW, Jugendbeteiligung sowie die Wechselwirkungen zwischen KI und Demokratie gehen. Es wird auch ein neuer Vorstand gewählt.

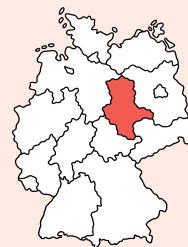
Termin Mitgliederversammlung am 28. November, 11 Uhr, im Büro in Köln



Rheinland-Pfalz Verheißungsvolle Vorhaben

Die neue CDU-SPD-Landesregierung hat interessante Vorhaben in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Es ist die Rede von einer »Experimentierklausel für Kommunen« sowie der »durchgehenden Digitalisierung verwaltungsinterner Prozesse«. Besondere Aufmerksamkeit verdient eine »mögliche Weiterentwicklung der Landesverfassung«: Der jetzige Ministerpräsident Gordon Schnieder hatte im Wahlkampf in Aussicht gestellt, die Unterschriftenhürde bei Volksbegehren in Rheinland-Pfalz auf 200.000 abzusenken. Damit würden Volksbegehren in unserem Bundesland endlich zu einem tatsächlich nutzbaren politischen Instrument werden. Für uns heißt das jetzt: dranbleiben. ⚡ Die Arbeit für politische Veränderungen ist ebenso wichtig wie die Menschen, die sich vor Ort einbringen. Derzeit überlegen wir, eine Demokratie-

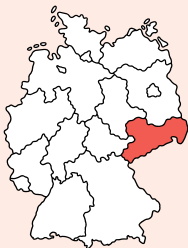
Fitness-Veranstaltung in Mainz anzubieten. Aber für die konkrete Planung brauchen wir Unterstützung. Wer Interesse hat, meldet sich bitte unter: henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de



Sachsen-Anhalt Schnellgesetz gegen die AfD

Angesichts möglicher Blockaden durch eine kommende AfD-Sperrminorität haben die Fraktionen von CDU, SPD, FDP, der Linken und den Grünen im April eine umfassende Verfassungsreform beschlossen. Geregelt werden unter anderem die Wahl der Landtagspräsidentin beziehungsweise des Landtagspräsidenten und die Wahlen zum Landesverfassungsgericht. Mehr Demokratie wandte sich in einer Stellungnahme an den Landtag. Grundsätzlich begrüßten wir die Reform, kritisierten aber das Eilverfahren zur Verfassungsreform und die Regelung des Wahlverfahrens zum Landesverfassungsgericht. ⚡ Am 22. April fand in Halle der »Fachtag Dialog Sachsen-Anhalt« statt, den Mehr Demokratie gemeinsam mit ProjectTogether, der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt und dem Friedenskreis ausrichtete. ⚡ Der Landesvorstand hat nach Beschluss der Mitgliederversammlung ein Reformpapier für das Landtagswahlrecht in Sachsen-Anhalt erarbeitet. Zur Landtagswahl verglich Mehr Demokratie die Wahlprogramme der größeren Parteien entlang ihrer demokratiepolitischen Vorhaben und veröffentlichte diesen Vergleich. Landesweit gab es eine Vielzahl von »Sprechen & Zuhören«-Veranstaltungen zur Landtagswahl. Mehrere Mitglieder beteiligten sich am 5. September, dem Vortag der Wahl, am »Demokratiefestival« auf dem Magdeburger Domplatz, unter anderem mit einem Infostand.

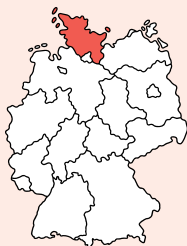
Termin Landesmitgliederversammlung am 10. Oktober in Dessau



Sachsen

Reform des VVV-Gesetzes

In der laufenden Wahlperiode, also noch vor 2029, soll es im Sächsischen Landtag zu einer Reform des Gesetzes über Volksantrag, Volksbegehren und Volksentscheid (VVVG) kommen. Der Landesvorstand hat Vorschläge erarbeitet und wird diese in den Gesetzgebungsprozess einbringen. In Leipzig fanden in den vergangenen Monaten mehrere regionale Mitgliedertreffen statt. Für die Petition »Bürgerbeteiligung auch zwischen den Wahlen ermöglichen« sammelten wir an einem Aktionstag Unterschriften. Im Februar 2027 findet die nächste OB-Wahl statt. Im Vorfeld will Mehr Demokratie den Kandidatinnen und Kandidaten Wahlprüfsteine zusenden. Auch eine Veranstaltung zur OB-Wahl wird vorbereitet.



Schleswig-Holstein

Kumulieren gegen den Überhang

Mehr Demokratie Schleswig-Holstein hat zu möglichen Änderungen im Kommunalwahlrecht Stellung bezogen. Gegen die Überhangmandate in Kreisen und Kommunen und die hohe Zahl kleiner Parteien in den Räten will die CDU die Zahl der Mandate insgesamt senken, die SPD mehr Listen- und weniger Direktmandate vergeben. Im Gegensatz dazu schlagen wir das Kumulieren und Panaschieren vor, wie es sich in acht Bundesländern bewährt hat. Mit einer solchen echten Personenwahl entfällt das Problem der Überhangmandate. In Flensburg fand zum Verkehr bereits der achte Bürgerrat statt,

über dessen Ergebnisse nun ein Referendum abgehalten werden soll. In Pinneberg beginnt ein Bürgerrat zur Klimaanpassung, über dessen Ergebnisse ebenfalls ein Referendum geplant ist. Auf Sylt gab es einen breiten Beteiligungsprozess zur Tourismusstrategie mit einer Kombination aus fünf Beteiligungsformaten, unter anderem einer Zufallsbürgergruppe. Insgesamt wurden 35 Veranstaltungen durchgeführt. Die Änderungen in der Kommunalverfassung haben zu einer deutlichen Abnahme der Bürgerentscheide geführt. Wir haben den Parteien unsere Vorschläge für eine Reform der Kommunalverfassung geschickt – auch mit Blick auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr.



Thüringen

Teilerfolg beim Transparenzgesetz

Die Landesregierung plante gravierende Einschränkungen des Landestransparenzgesetzes. Mehr Demokratie kritisierte dies öffentlich. Unmittelbar vor der abschließenden Behandlung wurden diese Änderungen aus dem Gesetzespaket herausgelöst. Ein Teilerfolg! Allerdings sieht ein neuer Entwurf ebenfalls Einschränkungen vor. Zum Austausch über die direkte Demokratie veranstaltete die Landtagsfraktion des BSW zwei Demokratieforen. Ralf-Uwe Beck nahm als Experte teil. Im März wurde auf der Mitgliederversammlung ein neuer Landesvorstand gewählt. Zudem gab es Gastbeiträge zu Bürgerbeteiligung und Bürgerbegehren von Kai Ostermann (Stadt Jena) und Martin Röckert (BI Ostumfahrung Weimar). Am 31. August fand die jährliche Demokratiewanderung des Landesverbands bei Bad Berka statt. Für die Entwicklung des politischen Bildungsangebots »Werkzeugkoffer für Demokratie« konnten Fördermittel eingeworben werden.



Claudine Nierth:

Ausgezeichnet!

Große Ehre für Claudine Nierth, Bundesvorstandssprecherin von Mehr Demokratie: Am 9. September verlieh ihr der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management den BAUM | Umwelt- und Nachhaltigkeitspreis 2026 in der Kategorie »Transformationstreiber*in – Demokratie«. Der Verein, der sich als Europas größten nachhaltigen Unternehmensverband für zukunftsorientierte Wirtschaftsentwicklung versteht, würdigt Nierths »herausragendes Engagement« für die Erneuerung unserer Demokratie. Sie sei eine engagierte Aktivistin der Zivilgesellschaft und setze sich seit Jahren für sichtbare und gelebte Demokratie ein, heißt es in der Begründung der Jury.

»Dass ich, und damit die Demokratiebewegung, für die ich stehe, die Ehrung entgegennehmen darf, ehrt und bewegt mich sehr. Aus Dank schöpfen wir Mut und Vertrauen, weiterzumachen«, sagte Nierth. Demokratie sei auch eine Haltung: Sie lebe vom Mut, sich einzubringen und Vielfalt zu integrieren.

Mit allen öffentlichen und publizistischen Mitteln wirkt Claudine Nierth seit den 1980er-Jahren für ihr Anliegen, die sichtbare, gelebte Demokratie: durch Keynotes, Panels, Workshops, Moderationen, Artikel, in Interviews und mit Büchern. Nach »Die Demokratie braucht uns – Für eine Kultur des Miteinander!« (2021) und »Die zerrissene Gesellschaft« (2023) hat sie aktuell »Wo wir sind, ist unten« veröffentlicht.

MEIN DEMOKRATISCHES ERLEBNIS

Es gab nur zwei Lager

Von Yasmina Steck

Ich war 25, als ich zum ersten Mal erlebte, wie viel Spaltung in einer Gesellschaft herrschen kann. Menschen standen einander auf der Straße gegenüber, die einen waren für, die anderen gegen Masken. Ich konnte beide Seiten verstehen. Was mich aber erschreckte, war der Hass zwischen ihnen. Es gab keinen dritten Ort. Es gab diese zwei Lager und dazwischen niemanden, der einen Raum aufgemacht hätte, um ins Gespräch zu kommen. Auch in meinem Freundeskreis wurde es eng. Wir hatten Mühe, uns zu verständigen. Da habe ich beschlossen, selbst zu handeln. Als 2022 die Kontaktbeschränkungen aufgehoben wurden, mietete ich einen Raum in Freiburg und lud über eine Telegram-Gruppe ein.

Zum ersten Termin kamen zwei Menschen, später drei, dann sieben, irgendwann zehn. Fünfzehn dieser Versöhnungsdialoge sind es insgesamt geworden. Manche Menschen kannte ich, viele nicht. Wir haben nicht über Argumente gesprochen, sondern über das, was darunter liegt: unsere Ängste, unsere Sorgen, unser Bedürfnis nach Sicherheit und der Wunsch nach Gesundheit für die eigene Familie.

Ich vergleiche es mit einem Eisberg. Über der Wasserlinie stehen die Positionen, darunter liegen Gefühle, Bedürfnisse, persönliche Werte. Solange sich Menschen nur über das Sichtbare streiten – die Positionen –, kommt es zu keiner Verständigung. Erst wenn wir über das reden, was darunter liegt, erkennen wir einander. So entstanden in den Gesprächen Verständnis und Kontakt, wo es vorher an beidem gefehlt hatte.

Ich habe Klinische Psychologie studiert, meine Masterarbeit über israelisch-palästinensische Dialoge geschrieben, parallel eine Weiterbildung zur Gestalttherapeutin mit Gruppen und Einzelpersonen gemacht. Als ich Anfang 2025 eine Stellenanzeige von Mehr



Yasmina Steck
ist seit April 2025
Teil des Mehr-
Demokratie-Teams.
In Baden-Württemberg
koordiniert sie
Sprechen-&-
Zuhören-Dialoge.

Demokratie entdeckte, habe ich mich sofort beworben. Heute moderiere ich in Gemeinden, Unternehmen, Schulen Dialogformate zu Themen, die spalten. Die Erfahrung von damals prägt meine Arbeit bis in jedes Detail: Es geht nicht darum, wer Recht hat, sondern darum, die Perspektiven der anderen nachzuvollziehen.

Bei einem Dialog zum Krieg in der Ukraine saßen Menschen aus der Ukraine, aus Russland und Bundeswehrangehörige im selben Raum. Eine Frau las einen Text ihres Mannes vor, der an der Front ist. Die Anwesenden waren nicht einer Meinung. Aber die Vielfalt abzubilden und Berührbarkeit zu erleben war für alle eine große Bereicherung.

Das ist für mich der Kern von Demokratie: sich voneinander berühren zu lassen und gemeinsam zu entscheiden, mit vielen verschiedenen Perspektiven. Nicht das Eigene allein durchzusetzen.

Klimawandel, Kriege, künstliche Intelligenz: Die Herausforderungen werden größer, nicht kleiner. Je schwieriger die Entscheidungen sind, desto mehr Perspektiven sollten in ihnen enthalten sein. Ich wünsche mir eine Welt, in der Frieden herrscht und Verständigung möglich ist. In der es keine Feindbilder gibt und die Rechte aller Menschen gelten. Ich glaube, dass Dialogformate uns dabei unterstützen. Weil dort etwas passiert, das ganz einfach klingt und selten geworden ist: Menschen sehen einander wieder als Menschen. Corona war die erste Krise, in der ich das verstanden habe. Es wird nicht die letzte gewesen sein. ■

Kontakt

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
T 0711-509 10 10
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Schwanthalerstr. 120, 80339 München
T 089-24 88 70 74
bayern@mehr-demokratie.de
Beratung von Bürgerbegehren
Jan-Philipp van Olfen T 0151-29 54 53 54

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
T 030-42 08 23 70
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
T 0421-794 63 70
bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
T 040-56 11 13 50
hamburg@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Henrik Lenzgen T 0221-66 96 65 18
henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Hermannstr. 36, 18055 Rostock
mecklenburg-vorpommern@
mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln
T 0221-66 96 65 11
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Henrik Lenzgen T 0221-66 96 65 18
henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Dr. Robert Karge M 0175-56 10 749
karge.mds@gmail.co

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Christian König T 030-42 08 23 70
christian.koenig@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
Christian König T 030-42 08 23 70
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
Sophie-Dethleff-Str. 4, 25746 Heide
T 0431-55 60 29 99
sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Christian König T 030-42 08 23 70
thueringen@mehr-demokratie.de

 facebook.com/mehrdemokratie

 bsky.app/profile/mehrdemokratie.bsky.social

 instagram.com/mehr_demokratie

! SPENDENKONTO:
DE04 3702 0500 0008 8581 00
BIC BFSWDE33XXX

Arbeitsbereiche

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Alexander Trennheuser, Büro NRW
alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Ramona Pump, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Aline Koeppen
Marcus Meier (Pressesprecher)
presse@mehr-demokratie.de

Website
Aline Koeppen
aline.koeppen@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Claudine Nierth, Ralf-Uwe Beck,
erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Claudine Nierth, Büro Berlin
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Andreas Müller, Büro NRW
mueller@democracy-international.org

Arbeitskreis Aufbauende Demokratie
Harris Tiddens
harris.tiddens@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Carsten Berg
carsten.berg@gmail.com

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Tempelhof
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Netzwerk Bürgerräte
www.buergerrat.de/wissen/
netzwerk-buergerraete/

Beratung von Bürgerbegehren
Susanne Socher T 0170-241 48 73
beratung@mehr-demokratie.de

Beratung zu Bürgerräten
Florian Wiczorek
florian.wiczorek@mehr-demokratie.de

Bundesbüros

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
T 07957-923 90 50
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
T 030-420 823 70
berlin@mehr-demokratie.de

Impressum

Herausgeber (V.i.s.d.P.)
Roman Huber
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
T 07957-923 90 50
info@mehr-demokratie.de

Konzept, Redaktion und Grafik
Grauel Publishing
STUDIO.jetzt

Redaktionskontakt
magazin@mehr-demokratie.de

Lektorat
Shirin Faupel

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier
GmbH & Co. KG
100 Prozent Umweltpapier

Bildnachweise
Cover & Schwerpunkt: KI und M. Weber;
S. 3: Liane Haug; S. 4: Meike Kenn
(Matze Hielscher), privat (Andrea
Adamopoulos), Grit Bümann (Grit & Grit);
S. 6, 7: IMAGO / teutopress; S. 8: Grit
Bümann, demokratiefitness.de; S. 11: privat;
S. 13: CONSUL Democracy u. Mehr
Demokratie; S. 21: Mattia Balsamini;
S. 28, 33 Matze Hielscher (SvT);
S. 36: Anja Steinig; S. 38: Pablo Castagnola;
S. 39: IOG; S. 40: Michael von der Lohe;
S. 41: Ludwig Kloiber; S. 42, 43: unsplash,
Bekky Bekks; S. 45: Meike Kenn,
S. 49: BAUM e.V.; S. 50 Papa Steck;
S. 52: Liane Haug. Haben wir etwas ver-
gessen? Dann senden Sie eine E-Mail an:
magazin@mehr-demokratie.de

Abonnement und Magazinbestellung
18 Euro für vier Printausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von
Mehr Demokratie e.V. ist das Abo mit dem
Mitgliedsbeitrag abgedeckt. Dieses
Magazin und ältere Ausgaben können Sie
gern bestellen. Senden Sie einfach
E-Mail an: magazin@mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**



Das Wichtigste am Sprechen: Zuhören.

Was liegt Ihnen mehr: **Sprechen?** Zuhören?
Oder vielleicht sogar **Moderieren?**

Was denken Sie über **Heimat?**

Das Große Gespräch: hundert Dialoge, eine Frage. Mehr Demokratie und die Initiative Offene Gesellschaft starten ein deutschlandweites Gespräch über Heimat. Der Begriff berührt uns alle. Wann fühlen wir uns zu Hause, wann angekommen? Wir glauben, die deutsche Gesellschaft ist nicht so gespalten, wie es scheint. Darüber möchten wir reden. Finden Sie jetzt heraus, wann und wo Gespräche in ihrer Nähe stattfinden – und melden Sie sich an.

↓ sprechen-und-zuhoeren.org/das-grosse-gespraech

Selbst **moderieren** lernen

Wer sich gehört fühlt, fühlt sich zugehörig. Bei Sprechen & Zuhören erzählen Menschen, was sie bewegt. Die anderen hören zu. So kommen Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen miteinander ins Gespräch. Mehr als 15.000 Menschen haben bislang an gut 900 Dialogen in ganz Deutschland teilgenommen. Werden Sie Teil unseres Teams und lernen Sie, das Dialogformat eigenständig zu planen und umzusetzen.

↓ sprechen-und-zuhoeren.org/fortbildung

